

Volksstimme

Eingelpreis 25 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Emil Kellner, Magdeburg. — Verantwortlich für den Inhalt: Wilhelm Bublak, Magdeburg. — Druck und Verlag von M. Pönnig & Co., Magdeburg, Große Marktstraße 2. — Fernsprechnr. 10 11. Für Inserate 15 Pf. für die Redaktion 17 Pf. für den Verlag u. die Druckerei 9 Pf. Wochenbeilage 1. Marktplatz, Seite 17.

Bezugspreis: Vierteljährlich 1.00 Mk., monatlich 33 Pf. Bei den Buchhändlern monatlich 1.00 Mk., wozu 1.00 Mk. ohne Buchgeld. Einzelne Nummern 25 Pf. — Anzeigengebühren: die gewöhnliche Anzeigengebühr 1.00 Mk., im Reichsanzeiger 2.00 Mk., im Reichsanzeiger 3.00 Mk. Sonntagsblätter 50 Pf. Anzeigen-Kabatt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postamt Nr. 1314 Berlin.

Nr. 89.

Magdeburg, Freitag den 16. April 1920.

31. Jahrgang.

Unabhängige bei den Franzosen.

Auf die gewissenlose Politik der Unabhängigen fiel bei der Fortsetzung der großen politischen Aussprache in der Nationalversammlung am Mittwoch ein großes Schlaglicht. Drei Stunden lang unterhielt zunächst der Unabhängige Dr. Fraß das Haus mit einer Fülle von Material. Gleich zu Anfang hatte er die Stirn, zu erklären: Wenn schon Truppen nötig seien, dann zöge seine Partei die Unwesenheit von Ententetruppen der Reichswehr vor!

Natürlich ist nach seiner Meinung die frühere Regierung an der Bewaffnung der Rutschisten schuld. Daß aber die Unabhängigen bei jeder Gelegenheit über den Kanagel den Mantel ihrer Liebe decken und dadurch erst das Vorhandensein von Truppen nötig machen, das wollen sie selbst nicht wissen. Das reichhaltige und gute Material gegen die Rutschisten brachte Dr. Fraß so langweilig in endlosen Vorlesungen an, daß die erhoffte und zum Teil auch verbiente Wirkung ganz verloren ging, wie z. B. seine Enthüllungen über General von Watter und die Freikorpsführer Schulz, Lichtschlag und Wikow. Zum Schluß drohte er noch in unerhörter Weise mit einer neuen Katastrophe, falls die Truppen wieder südlich der Ruhr einrücken würden.

Nachdem Postminister Giesberts eine ruhige Darstellung der Ereignisse im Ruhrgebiet gegeben hatte, erhob sich der Reichswehrminister Gieseler, um gründlich mit Dr. Fraß abzurechnen. Unter ungeheuerem Tumult des Hauses teilte er mit, daß dieser

den interalliierten Rheinlandskommission mitgeteilt habe, daß die deutschen Truppen in der neutralen Zone nicht 18 000, sondern 80 000 Mann betragen. Die Schmeicheleien, die Dr. Fraß daraufhin an den Kopf flogen, kann man kaum wiedergeben, er jedoch nahm sie mit einem höhnischen Grinsen hin. Ja, Dr. Fraß soll sogar das Material über die Beteiligung der Freikorps Lichtschlag, Wikow und Schulz an dem Kapp-Putsch einem französischen Richterstatter ausgehändigt haben, statt es der deutschen Regierung zur Verfügung zu stellen, damit sie die Rutschisten verfolgen kann.

Dann folgte ein kleines heiteres Intermezzo, hervorgerufen von dem Professor der Rechte Dr. Kahl, der sich in der üblichsten Weise mit dem Justizminister Blund herumwühlte. Beide Kämpen wurden von ihren Parteigenossen, jener von der Deutschen Volkspartei, dieser von den Demokraten, durch Zurufe und drohende Gesten aufs lebhafteste unterstützt. Genosse Dr. Quarc widmete dann seinen Landsleuten aus dem Maingau ein paar Worte des Dankes für ihre verfassungstreue Haltung und des Mitgeföhls mit den Leiden, die ihnen durch die französische Besetzung auferlegt worden sind. Das Haus lachte dabei nicht mit seinem Beifall.

Natürlich konnte Herr Dr. Fraß nicht umhin, alles, was ihm der Reichswehrminister vorgeworfen hatte, in aller Breite zu stellen. Eine gründliche Untersuchung wird ja wohl darüber Klarheit schaffen, was an den Vorwürfen gegen Dr. Fraß Wahres ist. Jedenfalls bleibt aber die Tatsache bestehen, daß Dr. Fraß sich zunächst einmal an die deutschen Behörden des besetzten Gebiets hätte wenden sollen, ehe er zu den Franzosen und Engländern ging. Das sagte ihm auch der Demokrat Falk, der als letzter noch zu später Abendstunde sprach, mit aller Deutlichkeit. Damit war die Besprechung der Regierungserklärung beendet.

Den Bericht über die Verhandlungen lassen wir hier folgen:

Präsident Fehrenbach teilt mit, daß der deutsche Bevollmächtigte gegen das Verhalten der Interalliierten Kommission in Oberfranken Einspruch erhoben hat, weil den deutschen Abgeordneten die Ausreise verweigert wurden. Die Alliierte Kommission hat erklärt, daß sie von ihrem Standpunkt nicht abgehen könne. Es wird daher Beschwerde beim Obersten Rat in Paris eingelegt werden.

Die politische Aussprache.

Die Besprechung der Regierungserklärung über die Vorgänge im Ruhrgebiet wird darauf fortgesetzt.

Hg. Dr. Fraß (Unabh. Soz.): Der Reichskanzler ist am Montag gegen den französischen Militarismus zu Felde gezogen, hat aber dabei vergessen, daß im eigenen Lande der Militarismus nicht, wie er erklärte, niedergebrosen, sondern nach wie vor seine Macht ausübt. Dieser deutsche Militarismus ist ja von der Koalitionsregierung im letzten Jahre gut genährt worden. (Sehr wahr! b. d. Unabh.) Wenn der Reichskanzler überhaupt in der Lage war, für die jetzige Regierung eine Erklärung abzugeben, so verdankt er das der organisierten Arbeiterkraft des Ruhrreviers. Hunderte und aber Hunderte der Besten haben ihr Leben gelassen im Kampfe gegen die Reaktion. Ich habe mit

Bedauern in den Ausführungen des Ministers ein Wort des Dankes für diese Helden vernimmt. (Große Unruhe bei der Mehrheit.) Im Namen des deutschen Proletariats spreche ich an dieser Stelle den im Kampfe Gefallenen unsern heißen Dank aus. (Beif. b. d. Unabh.) Im Interesse der geschichtlichen Wahrheit muß festgestellt werden, daß die Kämpfe im Industriegebiet durch die militärische Erhebung der Militärlisten und Monarchisten entstanden sind, und es ist ein aufgelegter Schwindel derselben Art, wenn jetzt von ihnen behauptet wird, daß sie bei der Drahtzieher von links ein Putsch vorbereitet worden sei. Die bürgerliche Presse, an der Spitze wie immer die „Kölnische Zeitung“, verbreitet eine Schauerbotschaft nach der andern, um eine Pogromstimmung zu erzeugen.

Die „Berliner Volkszeitung“ hat durch die Veröffentlichung des Professors Kern nachgewiesen, daß diese Parole gegen den Bolschewismus auch von den Vertretern der früheren Regierung verbreitet worden ist. Die Rutschisten waren sich klar darüber, daß ohne den Besitz der Kohle ihre Regierung unhaltbar war. Die arbeitende Bevölkerung hat ihren Anschlag auf das Industriegebiet gänzlich gemißbilligt; in Wahrheit haben die Arbeiter und Angestellten des Ruhrreviers die Kapp-Regierung gestürzt und die jetzige Regierung gerettet. Jetzt befindet sich das Ruhrgebiet in den Händen der politisch mißbrauchten Truppen, deren Führer die Träger der Reaktion sind. Wären Kapp oder andere die Führer sein, dieser Zustand ist unerträglich. (Zustimm. b. d. Unabh. Soz.) Und wir stehen nach den Erfahrungen mit der Reichswehr auf dem Standpunkt: wenn schon ein militärischer Schutz der Bergwerke nicht zu vermeiden ist, dann ziehen wir die Anwesenheit von Truppen der alliierten Regierungen der Anwesenheit der Reichswehr vor. (Beif. b. d. Unabh. Soz.) Große Unruhe bei der Mehrheit. Denn es handelt sich nicht um eine Angelegenheit Deutschlands, sondern der ganzen Menschheit. Mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln mügen auch

Die Sozialisten der anderen Länder

dafür wirken, daß die Arbeiter des Industriegebietes und mit ihnen Kohle und Eisen des europäischen Gesamtbestandes vor Kapp und der Reichswehr gerettet werden. (Anhaltende Unruhe.) Aber die Regierung scheint sich nicht darüber klar zu sein, daß die Rutschisten ihre Sache keineswegs verloren haben, und sie beugt dem alten Fehler, das Militär mit der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu betrauen. Dieses kann wie bisher die Arbeiterschaft niederhalten und einen neuen Putsch vorbereiten. Die angeblich lange vorbereiteten Pläne der Kommunisten haben dagegen niemals bestanden. Von Minister aus wurden ganz besonders im westlichen Industriegebiet Agenten in sehr großer Zahl unterhalten, die sich zum Teil aus Offizierskreisen zusammensetzten. (Sehr wahr! b. d. Unabh. Soz.) und dort zu den wahnsinnigen Rutschern aufzureden haben. (Bewegung.) Als am 18. März der Putsch in Essen bekannt wurde, hat die ganze Aktion planmäßig eingeseht. 1 1/2 Stunden nach dem Einlaufen der ersten Nachrichten von Kapp versammelte Wikow seine Truppen zu einer Parade und hielt die schwärzweiße Fahne. (Sehr wahr! b. d. Unabh. Soz.) Am 14. heftete er in Meinisdorf bereits das Völkchen mit 40 Mann und wollte uns Unabhängige verhaften, konnte uns aber nicht finden. Es folgte dann im Westen die Bekanntmachung des Generals v. Watter. Wenn sich die Regierung diesen Erfolg gern hätte angesehen hätte, hätte sie zu der Gefährdung kommen müssen, daß sie etwas anderes bedeutete, als sich auf den Boden der Verfassung zu stellen, sondern daß Watter sich alle Möglichkeiten offen hielt. Man war sich im Westen überall einig, daß diese zweifelhafte Stellungnahme erst die Situation im Industriegebiet geschaffen hat, und Minister Giesberts hat sich davon selbst überzeugen können. Aber man wagte nichts gegen Watter zu unternehmen, weil man fürchtete, das Offizierskorps würde sich hinter ihn stellen und die Reichswehr im Industriegebiet auseinanderfallen. Watter hat dann

den Befehl zur Besetzung des Ruhrgebietes

durch Lichtschlag gegeben, das ist nicht mehr wegzumachen. Sebring hat gegen diesen Einmarsch öffentlich protestiert und die Veranlassung abgelehnt, das ist das berühmte Zusammenarbeiten mit dem Reichskommissar im Ruhrgebiet. Und als der Vormarsch nicht aufzuhalten war, kamen am 16. und 18. die Zusammenkünfte mit der Arbeiterschaft, in denen das Korps Lichtschlag entwaffnet und fast völlig aufgegeben wurde. Dieses Korps hat also erst den Arbeitern die Waffen in die Hand gegeben. Den Beweis, daß die Arbeiterschaft vorher bewaffnet gewesen ist, werden Sie (nach rechts) niemals erbringen. Im Ruhrgebiet wurden die Truppen gleichfalls zurückerzogen, und die Arbeiterschaft nahm dann am 15. März den Kampf gegen das Korps Wikow auf. Dieser rief die Freiwilligen und die Einwohnerwehren auf, die alsbald am 1. Arbeiter erforderten. So war die ruhige Arbeiterschaft geradezu zum Kampf gezwungen und die Erregung der Bevölkerung steigerte sich ungeheuer. Daß bei einzelnen der Gedankens an die Räuberrückkehr auftauchte, ist selbstverständlich bei dem Druck, der auf der Arbeiterschaft lastete. Erst als die Sache der Militärlisten verloren war, wurde die Gefahr des Bolschewismus vor ihnen in den Vordergrund gerückt. Aber es soll ihnen nicht gelingen, die hinterlistigen Spuren zu verwischen. Ein großer Teil der Arbeiter hat die Waffen nach dem Viesfelder Abkommen nicht abgegeben, weil sie fürchteten, durch die Verhandlungen sollten sie Hingehalten werden, damit die Reichswehr Zeit gewinnt. Trotzdem muß festgestellt werden, daß der Zentralrat und die Vollzugsräte sich dem Abkommen gefügt haben. Aber die Regierung hat die Ausführung ihres Ultimatum einem General v. Watter übertragen. Und sein Ultimatum hatte nur den Zweck, daß es die Arbeiterschaft nicht annehmen konnte, damit man gegen diese vorgehen konnte. (Beif. Weiz. links.) Die Regierung hat das ja selbst eingesehen; da sollte sie doch endlich auch sehen, daß Watter unmöglich ist. So Bemächtigte sich der Bevölkerung eine Panikstimmung und die Verhältnisse wurden immer

schärfer durch die Schuld des Militärs

wir wissen ja, wie dieses solche Abkommen behandelt, die die Regierung schließt. In der Nacht vom 1. bis 2. April wurden auf der ganzen Front die kämpfenden Arbeiter zurückgezogen. Aber die Reichswehrruppen brachen das Abkommen, folgten ihnen nach und verwickelten die zurückziehenden Arbeiter in Kampfhandlungen. Am 1. April noch hat die Reichswehr nach dem einwandfreien Zeugnis ihrer eigenen Führer den Vormarsch fortgesetzt, und dadurch das Viesfelder Abkommen gebrochen. Es ist eine schamlose Lüge, daß an der ganzen Front die Arbeiter weitergekämpft hätten. Nur die Reichswehr hat den Kampf immer wieder entfacht. Dafür haben wir eine Fülle von Material. Die Behauptung der Reichskanzler, daß die verantwortlichen Führer meiner Partei den Einmarsch der Reichswehr ins Ruhrgebiet herbeigeführt hätten, ist durchaus unwahr. (Sehr wahr! b. d. Unabh. Soz.) Wir wollten selbst Ruhe und Ordnung aufrechterhalten. (Lustig rechts: Auf Ihre Art, mit Bündeln und Häubchen!) Noch am 10. April haben General Haas und andre Reichswehrführer erklärt, für sie existiere das Viesfelder Abkommen nicht. In Münster hat uns Herr Severing erklärt, er könne nicht garantieren, daß die Reichswehr sich streng an die Verfügungen der Regierung halten werde. So kam es, wie es kommen mußte.

Ministers Elemente bemühten sich vor Verhaftung

welche die verantwortlichen Führer das von der Reichswehr im Ruhrgebiet mit den Reaktionsären und den christlichen Gewerkschaften geschaffene Chaos nicht verhindern konnten. Die Unwahrscheinlichkeit der Behauptung von einem bolschewistischen Putsch ergibt sich aus den politischen Dokumenten; die man im Nachhinein von Wikow gefunden hat. Die Angehörigen des Korps Lichtschlag sind ausschließlich von dem Ruhrgebiet her, nicht von den anderen Teilen des Reiches her, gekommen. Ein einzelner Angehöriger des Korps Lichtschlag hat das Material zu den verlogenen Verleumdungen über angebliche kommunistische Putschpläne geliefert. Es ist eine Schande, daß ein derartig verbrecherisches Gesindel die Regierung der deutschen Republik beeinflussen konnte. (Sehr wahr! b. d. Unabh. Soz.) Der Führer des Korps Lichtschlag hat seine Angaben beauftragt, unter allen Umständen den Unabhängigen Abg. Ludwig festzusetzen. Derselbe Lichtschlag aber mit seinen verlogenen Verleumdungen führt heute noch in Münster Reichswehrruppen gegen das Proletariat. (Sehr wahr! b. d. Unabh. Soz.) Ich fordere die Regierung auf, den Ersten Staatsanwalt in Werden darüber zu befragen, wer in Werden das Buchhaus geöffnet und die

Buchhändler zum Kampfe gegen die Arbeiter

bewaffnet hat. (Sehr wahr! b. d. Unabh. Soz.) Die Buchhändler sind nämlich von den grünen Polizeitruppen bewaffnet worden mit dem Verwehen, sie müßten gegen die Spartakisten kämpfen. Die Ausschreitungen der Reichswehr sind keineswegs einzelne Fälle, wie der Reichskanzler meint. Die Arbeiterschaft war vielmehr gezwungen, sich zu den Engländern ins bessere Gebiet zu flüchten. Die Verfassung liegt in ihren Händen, einige Jahre noch und sie existiert nicht mehr. Es ist nicht wahr, daß südlich der Ruhr eine rote Armee steht. (Zurufe rechts: Das wissen Sie ja gar nicht!) Ich begrüße es, daß das Ausland sich jetzt bei uns an Ort und Stelle orientiert über das Vorhandensein eines Militarismarilla. (Hg. Schulz dr.-nall.) Unglaublich! Treibt die Regierung das alte Despotenregiment weiter, so wird sie dasselbe Geschick ereilen wie die alte. (Beif. bei den Unabh. Soz.)

Reichspostminister Giesberts: Bei der Konferenz in Viesfeld kam es mir in allererster Linie darauf an, eine unblutige Wiederherstellung der Ordnung im Ruhrgebiet zu erreichen. Die Ausschreitungen der Reichswehr mißbillige ich ebenso sehr wie die der roten Armee. Gegenwärtig herrscht in weiten Kreisen der Bevölkerung im Ruhrgebiet eine wahre Panikstimmung, weil man befürchtet, daß die Reichswehr zurückgezogen werden könnte. Der Einmarsch wäre überflüssig gewesen, wenn die roten Führer an der Front das Abkommen eingehalten hätten. Die Reichswehr dagegen hat es gehalten. (Zuruf des Hg. Dr. Fraß: Nein!) Sie könnten keinen Beweis für irgendeine Kampfhandlung der Reichswehr vor Ablauf der in dem Abkommen genannten Frist erbringen. Ich nehme die Arbeiterschaft ausdrücklich dagegen in Schutz, daß ihr die Wälder und Wälder an die Reichswehr gehängt werden. Wenn die Ortswehren nach dem Viesfelder Vorschläge eingeführt werden, könnte die Bevölkerung beruhigt sein. Aber auch den Bürgern rufe ich zu, daß sie sich in Revolutionszeiten nicht ruhig zu Bett legen können, sondern für ihre Sicherheit etwas tun müssen. (Lebhafte Zustimmung.)

Reichswehrminister Dr. Gieseler: Die Atmosphäre des Mißtrauens muß verschwinden. Dazu tragen aber die Ausführungen des Abg. Dr. Fraß nicht bei. Er hat uns trotz wiederholter Aufforderung sein Material nicht vorher übergeben. Wie sollen wir da durchgreifen? General von Watter hat uns erklärt, er habe alles getan, um den Abmarsch der unzuverlässigen Korps nach Berlin zu verhindern. Die Reichswehr muß wieder in Ordnung kommen. Dringend reformbedürftig sind ihre Nachrichten- und Aufklärungsdiens. Da treiben sich immer noch Elemente herum, von denen ich eine Gefährdung der öffentlichen Moral befürchte. In der Dortmunder Stadtverordneten-Versammlung hat ein Sozialdemokrat das Eingreifen der Reichswehr damit begründet, weil in Größe Flugblätter verteilt wurden, in denen ein neuer Kampf bis aufs Messer, auch gegen die Mehrheitssozialisten, angekündigt wurde. Wer einen Tropfen deutschen Blutes in seinen Adern hat, kann es unmöglich lieber sehen, daß die Generalneger als die Reichswehr das Ruhrgebiet besetzt. (Beif. links.) Die Dortmunder Stadtverordneten-Versammlung, in der auch Unabh. Angehörige saßen, hat einstimmig eine Resolution angenommen, in der die Notwendigkeit des Eingreifens der Reichswehr anerkannt wird. Solche Dokumente sollte Herr Dr. Fraß mitbringen, wenn er wieder zur Rheinlandskommission nach Koblenz geht, denn er geht zur Rheinlandskommission. (Lebhafte Zustimmung.)

hört rechts.) Ich habe hier ein Telegramm des Oberpräsidenten in Koblenz vom 10. April, in dem es heißt:

Der unabhängige Sozialdemokrat Otto Braß aus Remscheid sowie die Kommunisten Klose, Ernst und Walter Ullinghausen sind gestern abend unter Führung eines französischen Offiziers (Schäfers) hier, hörte rechts u. b. d. Mehrheit) bei der Rheinlandskommission erschienen, und haben angegeben, daß die Truppen in der neutralen Zone des Ruhrreviers nicht 15 000, sondern 80 000 Mann betragen. (Stürmische Zustimmung bei der Mehrheit. Aufse rechts: Mann mit dem Kumpen!) Eingreifen der Reichswehr sei überflüssig gewesen. Nichtabstellung bei amerikanischer Vertretung der Rheinlandskommission ist von unsrer Seite erfolgt.

Wenn wir uns wundern über die falsche Information der Entente, so habe ich hier folgendes Telegramm aus Paris:

Geuitiges „Journal“ bringt Interview mit Unabhängigen Braß, Mitglied der Nationalversammlung, aus dem revolutionären Hauptquartier der Ruhrarbeiter. Er erklärt, Dokumente zu besitzen, daß im Augenblick des Rapp-Putsch die Freikorps, Kämpfer, Kämpfer und Schützlinge entgegen dem Friedensvertrag im Ruhrrevier anwesend seien.

Und nun kommt, was mich am meisten erregt: Braß handigte dem Interviewer, dem ehemaligen Kriegsberichterstatter General Bouthou, bestimmte Dokumente aus, um General Bouthou's Einverständnis mit reaktionärem Putsch zu erweisen. (Stürmische Zustimmung bei der Mehrheit.)

Das, was der Minister Giesberts und Braun vom Abgeordneten Braß in Bielefeld nicht erreichen konnten, die Ausschüttung der Dokumente, die uns ein Durchgreifen ermöglichten, diese Dokumente hat Herr Braß dem Herrn Bouthou übergeben. (Stürmische Zustimmung bei der Mehrheit. Aufse rechts: Lumpi Schmitt!) Heraus mit dem Kerl! (Stürmische Zustimmung.) In demselben Augenblick erklärt man, die deutsche Regierung greife nicht durch. Wenn es mit der Entgiftung der Atmosphäre Ernst ist, hat heute die Verpflichtung, alles Material der Regierung zu übergeben, damit sie die Fäden der Verschwörung aufdecken kann. (Aufse rechts: Warum wird dieser Hochverräter nicht verhaftet?) Wieser sind nur 60 000 Gewehre und einige hundert Pistolen, Maschinengewehre, wenige Minenwerfer und Geschütze abgeliefert worden, während die „Freiheit“, ich stütze mich nur auf ganz einwandfreie Geschäftsquellen (Heiterkeit), berichtet hat, daß über hunderttausend bewaffnete Arbeiter an den Kämpfen beteiligt waren. Das Ergebnis der Waffenabgabe ist also absolut unbefriedigend.

Die ganze Angelegenheit muß durch die Einrichtung einer Untersuchungskommission aus allen Parteien erklärt werden. (Stürmische Zustimmung.) Von der Reichswehr aber erwarte ich, daß sie durch strenge Pflichterfüllung die Scharte wieder ausweicht, die ihr dadurch beigebracht worden ist, daß ein kleiner Teil ihrer Führer und Helfert in den letzten Tagen untreu geworden ist; daß sie ist und bleibt, was wir erhoffen: ein fester sicherer Schutzwall des Volkes und seiner freiheitlichen Entwicklung. (Lebhafte Zustimmung. Vereingeltes Händelklatschen.)

Abg. Schwarzer (Bayr. Sp.): Mit der Aufrichtung der Mainlinie werden die Franzosen keinen Erfolg haben. (Bravos!) Wir haben kein Verlangen nach einem französischen Einmarsch in Bayern. Süden und Norden stehen zusammen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Einwohnerwehr können wir nicht entschließen. Bayern lehnt es ab, von der Reichsregierung einen Reichskommissar nach Bayern schicken zu lassen. Womit wollen wir in Deutschland die Verfassung schützen, die Regierung denken ohne ein Reichsheer? Darüber sollte man sich auch in sozialistischen Kreisen endlich klar werden.

Abg. Dr. Rahl (Dt. Sp.): Ich führe keinen Kampf gegen die Person, sondern gegen die Art und Weise des Mißbrauchs der Amtsgewalt, wie sie in der letzten Rede des Reichsjustizministers hervorgetreten ist. (Widerpruch bei der Mehrheit.) Ich frage den Herrn Reichsjustizminister, ob nach den heutigen Ausführungen des Abgeordneten Braß nicht gegen diesen die erforderlichen Schritte wegen Landesverrats sofort eingeleitet werden. Sie haben, Herr Justizminister, die Erklärung der Deutschen Volkspartei vom 18. März erfüllt durch Unterbrechung wie durch Eingreifen. (Sehr richtig! rechts.) Diese Erklärung muß aus der Gesamtheit genügt werden. Zurückweisen müssen wir aber, daß der Plan irgendwie mit den Reichsparteien in Verbindung gebracht werde. Unsere Kenntnis von dem Vorhaben Rühlwits beruht auf folgendem: Rühlwit sagte, er verlange Neuwahlen, Geinge antwortete, dann könnte eine Interpellation eingebracht werden. Darauf Rühlwit: Wenn diese keinen Erfolg hat, gehe ich zu Gewalt und verlange von ihm Neuwahlen. Geinge: Lassen Sie eben Rud. wir stehen sonst nicht hinter Ihnen. Rühlwit hat dann noch erklärt, daß er nicht beabsichtige, etwas gegen die Verfassung zu unternehmen. War es da vielleicht noch Aufgabe von Geinge, der Reichsregierung Mitteilung davon zu machen? (Zuruf: Jawohl!) Der Reichsjustizminister sollte seine Amtswohnung baldigst mit seiner Privatwohnung vertauschen. (Lebhafte Zustimmung rechts. Großer anhaltender Lärm und Rufen links.)

Reichsjustizminister Bland: Ich muß Wort für Wort aufrechterhalten, was ich gestern gesagt habe. Von der Bistendese der Behauptungen, die mir Rahl zugeworfen hat, führe ich nur an, ich wäre unehrenhaft, ich hätte Verleumdungen ausgesprochen. (Stürmische Zustimmung rechts.) Ich hätte Mißbrauch des Amtes geübt. (Sehr richtig! rechts.) Die Regierung habe den besten Teil der Kapazität geübt und schließlich hat er meine Rede als eines Ministerialbeamten bezeichnet. (Sehr richtig! rechts.) Solche Entstellungen und Verdrehungen habe ich bisher von einem Abgeordneten und Professor nicht erwarten können. (Sehr gut! links.) Wenn die Deutsche Volkspartei durch ihren Aufruf nicht den Rapp'schen Hochverrat gefördert hätte, dann wäre die ganze Geschichte schon am ersten Tage zusammengebrochen. (Zuruf: Ja!)

Wozu Sie die volle Verantwortung für den Putsch. Der Abg. Rahl hat bewiesen, daß ich mit der nötigen Objektivität die Stellen beim Reichsgericht besetzen würde. Ich verbitte mir eine derartig niedrige, gemeine und für ihren Urheber kennzeichnende Verleumdung. (Minutenlanger Lärm rechts. — Aufse links. Präsident Fehrenbach: Ich kann Verbalnotizen nicht auflassen und rüge sie deshalb.) Ich habe mir die Depeschen in der Sache des Abg. Braß sofort vom Reichswehrminister erbeten, um festzustellen, ob sie Grundlage für ein strafrechtliches Einschreiten gegeben ist. Hochverrat kommt allerdings nicht in Frage, vielmehr aber Landesverrat. Ich werde nach heute dem Oberreichsanwalt die beiden Schriftstücke übermitteln und ihn mit den nötigen Schritten beauftragen. (Lebh. Beif.)

Reichsanwalt Müller: Das von mir zitierte Telegramm aus Duisburg hat der Abgeordnete Braß als erfindend bezeichnet. Ich stelle demgegenüber fest, daß der Vorsitzende der U. S. P. in Duisburg der Abwendung dieses Telegramms ausdrücklich zugestimmt hat. Sollte er es leugnen, so kann es durch genügend viele Zeugen bestätigt werden. (Hört, hört!)

Abg. Dr. Quast (Soz.): Das Schicksal unserer linksrheinischen Brüder wird durch die neuen Ereignisse in lebhaftester Erinnerung gebracht. Sicher wird sich die Reichsregierung für die Opfer dieser Kämpfe mit derselben Kraft einsetzen, wie es auf der anderen Rheinseite in weniger schweren Fällen geschehen ist. Diese Ereignisse bringen uns das Schicksal unserer Brüder noch näher, die schon seit Monaten unter der Besetzung schmachten. Das wird hoffentlich eine von den Franzosen zwar ungewollte, aber dem deutschen Bewußtsein sehr willkommen Folge haben. Ich erwarte auch, daß der Maingau in aller Ruhe, gestützt auf Vertrauen auf seine Vertretung durch die Reichsregierung seine Befreiung abwarten wird. Wir danken dem Reichsanwalt für seine Worte und hoffen, daß sein diplomatisches Vorgehen einen baldigen Erfolg haben möge, denn abgesehen von den

gaben. Danach wollten sie bekanntlich die arbeitssame Bevölkerung einer Militärdiktatur schenken. In der Tat ist aber auch im Maingau die französische Besetzung gerade eine Steigerung der von uns so sehr beklagten von jener Seite (nach rechts) so sehr genährten kriegerischen Stimmung gerade in dem Augenblick, wo die gegenseitigen Wutungen einer wirtschaftlichen Besserung sich zeigen. Die französische Milion im Maingau ist Geist und Fleisch vom deutschnationalen Militärgeist. (Widerpruch rechts.) Der Maingau braucht keinerlei fremden Schutz gegen die Militärdiktatur, und er wird durchhalten trotz aller und allem in treuer unerschütterlicher Gemeinschaft mit den übrigen Volksgenossen der demokratischen Republik. Er wird durchhalten bis zum völlig unbehinderten Abzug der französischen Truppen und weiter darüber hinaus in allen Kämpfen für die Einheit des deutschen Volkes. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.)

Abg. Braß (Unabh. Soz.): Das Material, das ich in Darmen einem französischen Journalisten übergeben habe, stand im Zusammenhang mit der Regelung der Flüchtlingsfrage. Dokumente, die der Regierung nicht bekannt waren, sind von mir nicht ausgehändigt worden. Ich habe nur die fremden Journalisten auf Dokumente hingewiesen, die bereits seit 8 bis 10 Tagen bekannt und in der Presse, z. B. in der „Berliner Volksstimme“ und in der „Freiheit“ veröffentlicht worden waren. Darüber hinaus habe ich ihnen nicht mitgeteilt. Mit den englischen und französischen Behörden habe ich allerdings in Köln, Koblenz und Mainz verhandelt. Aber nur wegen der Regelung der Flüchtlingsfrage. Es ist mir und meinen Kollegen dabei gesagt worden, daß die Flüchtlinge in das beste Gebiet überzuziehen sollten, um in einem Lager interniert zu werden. Ich habe demgegenüber die Verpflichtung übernommen, dafür zu sorgen, daß die Flüchtlinge so bald wie möglich zurückgeführt würden. (Zuruf: Und wie steht es mit den 18 000 oder 80 000?) Ueber Truppenstärke ist in meiner Gegenwart vor der hohen interalliierten Kommission überhaupt nicht gesprochen worden und meine Kollegen sind mit mir hinausgegangen. Im übrigen hat auch die Reichswehr mit der Rheinlandskommission am 18. März in der Flüchtlingsfrage verhandelt. Namens meiner Partei stelle ich den Antrag, den

Ausnahmestand und die Standgerichte aufzuheben und eine allgemeine Amnestie für die Personen zu erlassen, die wegen der Rappisten gekämpft haben. Herrn Giesberts erwidere ich, daß im Ruhrgebiet, wenn die Panikstimmung verschwinden soll, überall eine Ordnung geordnet werden muß. Das Veleiter-Abkommen war notwendig, es hätte nur von der Reichswehr gehalten werden müssen. Wird mit den Volkstumern nicht bald aufgeräumt, so werden wir einen neuen Putsch erleben. (Beifall bei der Unabh. Soz.)

Abg. Rahl (Dem.): Hat Herr Braß nicht gemerkt, daß es im besetzten Gebiet auch deutsche Behörden gab? Warum hat er diesen nicht seine Mitteilungen gemacht? Der Abgeordnete Rahl hat den Justizminister in einer inhaltlich und formell unzulässigen Weise angegriffen, nachdem der Minister eben in einer ausgezeichneten Rede an das Gemeinwohlgefühl des deutschen Volkes appelliert hatte. Ich stelle das vor dem Lande fest. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.)

Die Besprechung der Regierungserklärung ist damit erledigt. Der Notet wird mit dem Antrag Braß und mit einem zweiten Antrag der Unabhängigen auf Erklärung des 1. Mai zum Feiertag mit allgemeiner Arbeitsruhe dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Der Entwurf eines Reichsheimstätten-Gesetzes geht ohne Aussprache an den 2. Ausschuß.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 1 Uhr (Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit, Schaumweinsteuergesetz, Prüfung von Wildstreifen für Viehtiere).

Schluß 8 1/2 Uhr. —

Die bayerische Gefahr.

Die gegenwärtige bayerische Regierung des Herrn v. Rahr ist nichts anderes als das Ergebnis eines geglückten Militärputsches. Was den Rapp-Putsch in Berlin miflungen ist, ist den Rühlwits in München gelungen, weil dort große Teile des Bürgertums noch heute unter dem Eindruck des Schreckens der Räterepublik vom April 1919 leben. Als die Deutschnationalen und Deutschnationalen in Berlin an dem verhängnisvollen 18. März jede offene Stellungnahme gegen die Rühlwits ablehnten und sich bereit erklärten, mit der neuen Regierung der „Ordnung und Arbeit“, d. h. der Gewalt und des Meineids mitzuarbeiten, da dachten die Rechtsparteien nicht etwa daran, daß nun dauernd einige Generalsuniformen das Reich regieren könnten; sie wollten vielmehr die Rühlwits, Ludendorff, Bauer und Babst nur als Sprungbrett benutzen, um selbst in ein bürgerliches Sammelministerium hineinzukommen. Noch am Mittwoch den 17. April, als die Rapp-Episode sich bereits ihrem tragikomischen Ende näherte, ließen die Stresemann und Leidig Himmel und Hölle in Bewegung, um bei der Liquidation des Putschs

für die Deutsche Volkspartei ein Ministerpräsidenten zu ergattern. Die großen Politiker von rechts, welche vom hohen Sockel ihrer politischen Weisheit aus verächtlich auf das Gewimmel der „Volkerversammlungsdemagogen“ herabsehen, die jetzt die Regierungsgeschäfte führen, glauben tatsächlich naiv genug, durch den Putsch eine Rechtschwärzung der Politik herbeiführen zu können und ahnten nichts von der ungeheuren Radikalisierung der Massen, die notwendig unmittelbar auf den militäristischen Gewaltstreich folgen mußte.

In München hatte es das Militär geschickter gemacht: es trat weniger deutlich hervor und schob gleich einige alte Bureaufrauten in den Vordergrund. Die

Aussichten des bayerischen Staatsstreichs waren von vornherein glänzend, da dort das Zentrum nicht koalitionsfremd, sondern als bayerische Volkspartei ausgesprochen reaktionär ist und die Demokraten eine höchst gemischte und zweifelhafte Gesellschaft darstellen. So gelang die Ausschaltung der Sozialdemokratie aus der Regierung, die wir als Partei gewiß nicht zu beklagen haben, da sie uns von der Last der Regierungsverantwortung in dreier bösen Zeit befreit und uns die politische Bewegungsfreiheit zurückgibt.

Jedenfalls ist München jetzt ein reaktionäres Zentrum, und daß der offen reichsfeindliche Bauernbock Heim nicht in das bayerische Ministerium eingetreten ist, ist wohl nur als Akt der Vorsicht anzusehen; denn die Politik, die da getrieben wird, entspricht durchaus seiner früheren Reden.

Offenbar von München ging die Konferenz der süddeutschen Minister aus, die freilich nicht ganz den Verlauf nahm, den sich die bayerische Reaktion vielleicht davon erhoffte. In Baden,

Bessen und Württemberg ist der Einfluss unserer Genossen stark genug, um jede offene Auflehnung gegen die Reichsleitung niederzuhalten, und so endete denn die Ministerkonferenz in Stuttgart mit einem klaren Bekenntnis zur Reichstreue. Aber in unmittelbarem Anschluß an diese Tagung gab der gegenwärtige bayerische Ministerpräsident Dr. von Rahr die Erklärung ab, daß Bayern unbedingt an den Einwohnern wehren festhalten werde, gleichviel, was die Entente vom Reichs fordere. Daß Rahr hinzugefügt hätte, Bayern werde diesen Standpunkt behaupten selbst auf die

Gefahr zeitweiliger Trennung vom Reich hin, ist am tlich bestritten worden. Aber viele Kundgebungen der deutschnationalen Landesverräter in Bayern haben jedenfalls diesen Gedanken ganz unzweideutig ausgesprochen. Jedenfalls richtet sich die Spitze der bayerischen Politik offen gegen das Reich und gegen die Demokratie, Fremdenverfolgungen, Austreibung von Ostjuden und Zeitungsverbote umrahmen lieblich das reaktionäre Gesamtbild. Glücklicherweise ist dafür gesorgt, daß auch die Väume der bayerischen Reaktion nicht in den Himmel wachsen. Franken wird den reichsfeindlichen und die Arbeiterkraft den reaktionären Zug der bayerischen Politik nicht mitmachen, und die nächsten Wahlen in Bayern werden schon auch dort mit den Rücktrittlern aufräumen. Bis dahin aber bleibt Bayern in vielleicht noch höherem Maß eine reaktionäre Gefahr wie Kommern oder gewisse Strömungen in Schlesien und Ostpreußen. Der Rapp-Putsch war für die Monarchisten und Nationalisten eine verlorene Schlacht, aber der Krieg gegen sie ist noch nicht gewonnen; er muß vielmehr mit höchster Wachsamkeit und Latkraft fortgeführt werden. —

Der U-Boot-Krieg gegen den Frieden.

Der zweite Unterausschuß des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses der Nationalversammlung nahm seine Arbeiten in öffentlicher Sitzung wieder auf. Der Vorsitzende, Abg. Gotheim, eröffnete die Sitzung mit der Erklärung, daß der Ausschuss eine lange Pause habe eintreten lassen, damit die Akten veröffentlicht werden konnten. Damit soll vermieden werden, daß überflüssige weitschweifige Auseinandersetzungen stattfinden und Pöbelreden gehalten werden, die den Ausschuss einermachen zu einem politischen Desinteressen machen, während durch den Ausschuss nur Tatsachen festgestellt werden sollen. Auch eine englische Ausgabe der Akten ist erschienen. Wünschenswert ist eine französische. Auch diesmal wird der Ausschuss wenig weiterkommen, weil die Wahlen vor der Hand stehen. Dem Grafen Bernstorff soll Gelegenheit gegeben werden, auf verschiedene Angriffe und Ausführungen, besonders des Generals Ludendorff, zu antworten. Ludendorff ist anbeimgelassen worden, hier zu erscheinen. (Ludendorff ist nicht erschienen.) Graf Bernstorff erklärt: Ich bin auch heute noch der Ansicht, daß

durch Wilsons Vermittlung ein Frieden herbeigeführt worden wäre. Mit Bezug auf die mir gestern abend angegangenen Fragen erkläre ich zunächst, daß ich der Ansicht bin, daß ohne den U-Bootkrieg ein Krieg mit Amerika nicht entstanden wäre. Auf Befragen gibt Graf Bernstorff an, daß Wilson ursprünglich nur die Absicht gehabt habe, die kriegsführenden Parteien an den Verhandlungstisch zu bringen. Abg. Warmuth: Wilson hat im Senat gesagt, daß Amerika unter allen Umständen mit Deutschland zum Kriege gekommen wäre. — Graf Bernstorff: Ich bin der Überzeugung, daß es ohne U-Bootkrieg nicht zum Kriege mit Amerika gekommen wäre. Ich glaube niemals gelungen, daß Wilson einen sogenannten „deutschen Frieden“ nicht wollte, aber er wünschte auch nicht einen vollen Sieg der Entente. Ich bin ferner gefragt worden, ob sich Wilsons Forderung „freier Zugang zum Meere“ ausschließlich auf das bezog, was später der „polnische Korridor“ genannt wurde. Da kann ich mit Bestimmtheit sagen, daß das nicht der Fall war. Oberst House hat mir erklärt, daß jener Ausdruck in die Vorschläge hineingelegt worden sei, damit Oesterreich-Ungarn sich auf den Standpunkt der Wilsonschen Vorschläge stellen könne, da es ohne den Zugang zum Adriatischen Meere nicht leben könne. Dem Abgeordneten Gotheim gegenüber wiederholt Graf Bernstorff: Ich glaube nicht, daß man in Amerika an irgendwelche Gebietsabtretung in Westpreußen dachte, sondern nur an zwischenstaatliche Abmachungen. — Professor Bonn: Die Stelle in der Vorschläge über die einseitigen und selbständigen Staaten kann sich nur auf Polen beziehen. — Vors. Gotheim: Konnte nicht neben der Abtretung eines Korridors an ein völkerrechtliches Serumit gedacht werden? — Geheimerat Schäfer bleibt dabei, daß nur an Polen gedacht sein konnte. Auf weiteres Befragen erklärt Graf Bernstorff: Mir ist bei den Gesprächen mit Oberst House niemals die Abtretung deutschen Gebiets zugemutet worden.

Auf weitere Fragen des Abgeordneten Warmuth erklärt Graf Bernstorff: Immerhin giebt es eine Einigung mit Polen für den Weg nach Danzig sei notwendig. Weiterhin betonte Graf Bernstorff, daß Wilson niemals die Absicht gehabt habe, sich in die Einzelheiten europäischer Gebietsfragen zu vertiefen. — Abgeordneter Warmuth: Aber Polen stand doch niemals im Vordergrund des Interesses. — Graf Bernstorff: Mir ist über Polen niemals auch nur ein Wort amtlich übermittelt worden. Die Akten werden das bestätigen. — Abg. Warmuth: Gerade deshalb frage ich, ob Vorliegen vorliegen, die nicht aufwendig sind; da Polen im Vordergrund des Interesses stand, muß sich doch Wilson mit der polnischen Frage beschäftigt haben. — Professor Bonn: In Amerika wurde man damals vermutlich noch nicht einmal, ob Danzig auf der Reichsliste oder Ober liegt. — Graf Bernstorff erwidert nunmehr auf weitere Angriffe des Generals Ludendorff: Es ist eine rein subjektive Behauptung, daß ich den Reichsanwalt nicht richtig unterrichtet habe. Ich habe mich in allen meinen Berichten auf den Standpunkt gestellt, daß der

U-Bootkrieg die Amerikaner in den Krieg ziehen würde. Leider habe ich recht behalten. — Abg. Warmuth: Hat Graf Bernstorff auch darauf in Berlin stets aufmerksam gemacht, daß wir Amerika nur dann vom Kriege hätten fernhalten können, wenn wir die amerikanischen Friedensvermittler angenommen hätten? — Graf Bernstorff: Ich habe 2 Jahre lang nichts anderes geschrieben. Eine weitere Frage bezieht sich auf die Gegenmaßnahmen gegen die englische Propaganda. Graf Bernstorff betont, daß nach dem „Ausland“-Fall jede deutsche Propaganda auszusprechen war. Die Engländer waren uns immer voraus. Ich habe überhaupt keine Propagandamittel zur Verfügung. Es konnte aber auf Fonds zurückgegriffen werden, die Unterstaatssekretär Albert als Vertreter der U. S. P. in Amerika besaß. Ohne Rückfrage in Berlin war es unmöglich, eine große Summe auszugeben. Für die deutsche Propaganda in Amerika wurde überhaupt nur 1 Million Dollar ausgeben. — Abgeordneter Schäfer: Wäre es nicht besser gewesen, wenn hinter der Propaganda eine große Idee gestanden hätte, z. B. die des gesicherten Rechtsfriedens? — Graf Bernstorff: Man hat uns nicht geglaubt, daß wir einen Verständigungsfrieden wollten.

Auf die Frage des inzwischen erschienenen Abgeordneten Dr. Cohn über die sogenannten deutschen Verschwörungen erklärt Graf Bernstorff: Ein hervorragender amerikanischer Richter hat festgestellt, daß von den genannten sogenannten deutschen Ver-

Beilage zur Volksstimme.

Mr. 89.

Magdeburg, Freitag den 16. April 1920.

31. Jahrgang.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 15. April 1920.

Die Sicherheit Magdeburgs.

Der Polizeipräsident, Genosse Krüger, ersucht uns um Aufnahme folgender Zeilen:

Mein Vortrag, den ich vor Vertretern der Behörden, Organisationen und der Presse hielt, hat in letzterer eine Beachtung erfahren, die mich nötigt, einiges dazu zu sagen. Zunächst möchte ich hervorheben, daß die Abberufung des Kommandanten für die auf mein Einwirken freigegebene öffentliche Versammlung am 14. März vom Generalkommando über meinen Kopf hinweg der Sicherheitspolizei beschaffen worden ist, ebenso wie diese Stelle die erlaubte Versammlung wieder besetzen konnte. Nur eine Zeitung hatte den sehr wichtigen Umstand erwähnt, daß ich wegen Verweigerung der nötigen Kasernenräumlichkeiten genötigt bin, etwa 100 Beamte in Gewissch unterzubringen, die für den Polizeidienst auf diese Weise fast völlig ausbleiben. Die unabhängigen Presse- und Parteivertreter erhoben Anklagen, weil die Sicherheitspolizei brutal eingegriffen habe, obgleich sie gar nicht angegriffen war. Dabei wird offensichtlich übersehen, daß erst die Straßenbahn durch die Aktion der Polizei in die Lage versetzt wurde, den Betrieb aufzunehmen, der von rabaukhaften Elementen gewalttätig zu hindern versucht wurde. Den unabhängigen macht es auch nicht aus, daß der Generalkommando vorzeitigem Freitag von den zuständigen Stellen für beendet erklärt und der Transportarbeiterverband die Aufnahme des Straßenbahnbetriebs mit herbeiführte.

Daß kein Tropfen Blut geflossen ist, hindert diese Herren nicht, von der brutalen Polizei zu reden, obgleich der Straßenbahnbetrieb und Frauen vor sich hertrieb, um ermittelte Opfer zu schaffen, die man dann als Taktik gegen die blutrünstige Polizei agitatorisch verwendet hätte. Lang und breit behaupten sie auch die Bewaffnung der Arbeiter an, ohne zu bedenken, daß gerade sie durch alle Mittel (Schimpfung, Beschuldigung, Boykott) die Arbeiter von Einwohnern, Reichswehr und Sicherheitspolizei zurückgehalten haben. Wenn jetzt die Einwohnerräte durch ein Machtwort der Entente aufgelöst werden, ist dies nicht zuletzt auf die wüste Bekämpfung durch die Unabhängigen zurückzuführen.

Das Erbarmlichste leistet sich aber die „Magdeburger Tageszeitung“, die von „bewährten“ Offizieren spricht und überhört hat, daß ich von etwa 20 für den aktiven Polizeidienst in Frage kommenden 10 zur Disposition stellen mußte, weil sie die Sicherheitspolizei zerprengen und unzuverlässig zu machen bemüht waren. Das Vertrauen, das auch nach ihrer Feststellung die Sicherheitspolizei haben muß, dokumentiert sie damit, daß sie ihren „gut geklärten“ Lesern erzählt, unter den aus den Unterbeamten in Offiziersstellen Eingewechselten befänden sich auch zwei kommunistische Spionisten. Die Redaktion war so freundlich, mir persönlich diese zwei Verdächtigen namentlich zu machen. Vielleicht trägt zu ihrer und ihres Anhangs Verurteilung folgendes bei: Der eine der Verdächtigen hat vor einem Jahre den von wirklichen Spionisten nach Helmstedt verschleppten Justizminister Landeberg mit Juridikalität und damals in den Unruhetagen der Stadt Magdeburg mit einer kleinen Schar aktiver Unteroffiziere große Dienste geleistet. Der andre ist so portakalisch veranlagt, daß gegen ihn der begründete Verdacht besteht, die schwarzweisse Flagge auf der Kaserne Magdeburg gehißt zu haben. Aber — ich habe davon abgesehen, diesen Herrn zu befördern.

Erklärung.

Die „Magdeburgische Zeitung“ schreibt unter der Stichmarke „Vorläufig kein Steuerabzug vom Gehalt oder Lohn“, daß der Steuerabzug, welcher vom Magistrat laut Bekanntmachung vom 8. April 1920 angeordnet worden ist, ungesetzlich sei. Der Richtig ist folgender Satz angefügt: „Bemerkenswert ist, daß diese ungesetzliche Handlung im ausdrücklichen Einverständnis mit der Gewerkschaftsführung erfolgte.“ Dieser Satz entspricht nicht den Tatsachen. Die Bekanntmachung des Magistrats ist unter dem 8. April erfolgt. Eine Verhandlung mit dem Magistrat hat überhaupt nicht stattgefunden. Erst am 12. April hat eine Besprechung im Landesfinanzamt über diese Bekanntmachung des Magistrats stattgefunden mit der Wichtigkeit der Lohnabzüge zu verhindern. In der Besprechung wurde aber festgestellt, daß die Anordnung des Magistrats dem klaren Wortlaut des § 58 des letzten Abzuges entspricht. Dieser lautet: Die Vorschriften des § 42 bis 52 treten mit dem 1. April 1920 in Kraft, der § 45 des N.-G.-St.-G. schreibt die Einbehaltung von 10 Prozent des Lohnes vor. Das Gesetz zur Durchführung des Einkommensteuergesetzes vom 31. März 1920 ist in der Unterredung überhaupt nicht erwähnt worden, den Gewerkschaftsvertretern auch nicht bekannt gewesen. Hieraus geht hervor, daß die Bekanntmachung der „Magdeburgischen Zeitung“ von dem ausdrücklichen Einverständnis mit der Gewerkschaftsführung nicht zu treffen kann. Denn einmal war die Bekanntmachung des Magistrats bereits vorher erfolgt, ohne daß eine Gewerkschaftsvertretung mit ihm verhandelt hätte. Zweitens ist eine Zustimmungserklärung überhaupt nicht abgegeben worden, die Unterredung im Landesfinanzamt ergab, daß der beabsichtigte Einspruch gegen die Lohnabzüge den damals bekannten Gesetzesbestimmungen widersprochen hätte.

Eine weitere Hinweisung des Termins, von welchem ab die Lohnabzüge berechnungsmäßig sein sollen, dürften auch gar nicht im Interesse der Arbeiter liegen, denn wenn größere Steuerbeiträge später auf einem Rechte gezahlt werden müssen, entstehen den Arbeitern nur neue wirtschaftliche Schwierigkeiten und Unkosten für Mahnungen und Eintreibungsgebühren.

Arbeitssekretariat.

Vorläufig kein Steuerabzug vom Gehalt oder Lohn.

Die Pressestelle des Oberpräsidiums teilt mit: Verschiedentlich wird von den Angestellten und Arbeitern durch die Arbeitgeber bereits ein Steuerabzug von 10 Prozent erhoben. Auf Grund des Gesetzes zur Durchführung des Einkommensteuergesetzes vom 31. März 1920 wird der Tag des Inkrafttretens der §§ 45 bis 52 des Einkommensteuergesetzes behandelt, noch vom Reichsfinanzministerium bekanntgegeben werden. — Erst mit dem Inkrafttreten der genannten Bestimmungen erfolgt der Lohnabzug; auf bereits erfolgte Lohn- und Gehaltszahlungen erstreckt sich der Abzug nicht. Bereits erfolgte Kürzungen sind daher sofort zurückzuführen. — Die Mitteilung des Oberpräsidiums deckt sich mit einer halbamtlichen Berliner Veröffentlichung. Im Widerspruch dazu steht eine Bekanntmachung des Magistrats in der gestrigen Nummer der „Volksstimme“, durch die die Arbeitgeber zum Steuerabzug vom Gehalt oder Lohn aufgefordert werden.

Ueber die neuen Steuern, besonders ihre Stafflung, herrscht in der Bevölkerung noch große Unklarheit. Aus verschiedenen Neuverordnungen, die uns zugegangen sind, ist ersichtlich, daß Arbeiter glauben,

daß der angekündigte gleichmäßige Abzug von 10 Prozent eine gleichhohe Steuer bedeutet. Das stimmt nicht. Die Steuer ist sehr stark nach oben gestaffelt. Sie steigt von 10 Prozent auf das steuerpflichtige Einkommen bis auf 60 Prozent. Die obersten Stufen der Steuerzahler müssen also weit über die Hälfte ihres gesamten Einkommens abgeben. Die Sozialdemokraten halten diese Steigerung noch nicht für ausreichend, denn die ganz Reichen können mehr als die Hälfte abgeben und haben doch noch überreiche Existenzmittel. Aber die Sozialdemokratie ist im Parlament und in der Regierung noch nicht stark genug, um alles durchsetzen zu können. Doch auch schon die jetzige Bestimmung des großen Reichums hat in den Reihen der Reichen Wut und Empörung ausgelöst, die ihnen jedoch nicht viel nützen kann. Die unteren Stufen fühlen die Last der neuen Steuern noch heftiger und können sie doch nicht abwerfen. Die Steuersumme für den einzelnen erhöht dieser durch die Veranlagung, gegen die Einspruch erhoben werden kann wie früher. Wir werden noch auf diese wichtigen Fragen zurückkommen.

— Eine städtische Badeanstalt. Die Badeverhältnisse in Magdeburg haben sich in den letzten Jahren ungünstiger gestaltet. Von den für den Schwimmsport zur Verfügung stehenden Schwimmhallen im Friedrichs- und Wilhelmshafen ist die Halle im Wilhelmshafen infolge mangelhafter Kohlenbelieferung schon seit Jahren geschlossen. Das Friedrichshafen kann aus dem gleichen Grunde nur beschränkt offengehalten werden. Die Schwimmer unserer Stadt sind daher vornehmlich auf die Benutzung der fließenden Flußbadeanstalten in den Sommermonaten angewiesen, die kaum dem Badebedürfnis der Bevölkerung genügen. An eine Wiedereröffnung des Strandbades ist bei dem heutigen Materialmangel nicht zu denken. Eine weitere Verschlechterung haben die Badeverhältnisse dadurch erfahren, daß die früher kaiserliche Badeanstalt mit dem früherer Strömungsstrombad verschmolzen werden soll. Damit nicht genug, droht unserer Stadt jetzt wiederum der Verlust eines Strombades. Es handelt sich um die in Budau gelegene Nordische Badeanstalt. Der Badeanstaltsbesitzer Emil Nordt hat dem Magistrat die Badeanstalt und den Fährbetrieb zum Kauf angeboten. Die beiden Betriebe hängen räumlich so eng zusammen, daß eine getrennte Bewirtschaftung auf mancherlei Schwierigkeiten stoßen würde. Für die Liebesfährställe und die Badeanstalt besteht auch nur ein gemeinsamer Zugangsweg. Es ist dies der von der Stadt und zu einem Teil von Nordt erbaute Brückenzug über den Sitzbahnhof und die Sülze. Es liegt auf der Hand, daß sich nicht leicht ein Käufer findet, der bereit ist, die beiden Betriebe in der bisherigen Art weiterzuführen. Soll der Fortbestand der Badeanstalt gesichert werden — und dies geschieht am besten durch Übernahme in städtische Verwaltung —, so muß auch der Fährbetrieb mitübernommen werden. Der Magistrat hat beschlossen, die Badeanstalt und den Fährbetrieb für 150 000 Mark zu kaufen. Für die Benutzung der Badeanstalt hat der Magistrat unter Zugrundelegung der von Nordt erhobenen Eintrittsgelder folgende Preise festgesetzt: 1. a. für ein Bad bei Benutzung einer Einzelzelle zum Aus- und Einkleiden für Erwachsene und Kinder 1 Mark, b. bei Benutzung des allgemeinen Aus- und Ankleideraums für Erwachsene 60 Pfg., für Kinder 40 Pfg., c. bei Benutzung des besonderen Aus- und Ankleideraums für Kinder für das Kind 25 Pfg.; 2. für Abonnements: a) bei Benutzung einer Einzelzelle für Erwachsene und Kinder 30 Mark, b) bei Benutzung des allgemeinen Aus- und Ankleideraums für Erwachsene 20 Mark, für Kinder 15 Mark. An Volks- und Bürgerkinder sollen durch Vermittlung der Schulen auch ferner Badekarten zu ermäßigten Preisen abgegeben werden, und zwar je 7000 Stück, an Volksschüler zu einem Preise von 10 Pfg., an Bürgerkinder zu einem Preise von 15 Pfg. für die Karte. Den Preis der von der Verwaltungsstelle Budau auszugebenden Badekarten für Arbeiter wird vom Magistrat mit 40 Pfg. für das Stück für angemessen gehalten. Das Fährgebühren steht noch nicht endgültig fest. Die Stadtverordneten werden sich am Donnerstag mit der Vorlage beschäftigen.

— Straßenbahnschaffner und Publikum. Der Kleingeldmangel führt tagtäglich zu Unzuträglichkeiten zwischen Schaffnern und Publikum. Die Schuld liegt nicht immer beim Schaffner, sondern sehr oft auch beim Publikum, das keine Neigung zeigt, den Schaffnern die schwierige Arbeit zu erleichtern. Ein Straßenbahnschaffner berichtet uns folgendes Vorkommnis: Auf einen Wagen der Linie 3 steht in der Friedrichstadt ein Ehepaar. Die Frau verlangt zwei Anzeigefahrtscheine und will mit 50 Pfg. in Briefmarken zahlen. Der Schaffner ersucht, doch mit einem 50-Pfg.-Schein zu zahlen. Es kam zum Streit und schließlich zahlte die Frau für einen Fahrtschein 25 Pfg. in Briefmarken, der Ehemann zahlte mit einem 50-Pfg.-Schein. Als der Schaffner ihm nun die Briefmarken der Frau zurückgeben will, weigert er sich, die Briefmarken zu nehmen. Der Schaffner forderte zum Verlassen des Wagens auf, es kam zum Streit mit dem Publikum, der Führer wird geholt und das Erbe vom Liebespaar, daß der Ehemann die Briefmarken in Zahlung nimmt. — Ein anderer Schaffner beschäftigt sich in einer Aufschrift ebenfalls mit der Kleingeldnot. Er stellt nicht in Abrede, daß einzelne Schaffner im Umgang mit dem Publikum nicht allzu höflich verfahren, erklärt aber andererseits, daß das Publikum die Straßenbahn benutzt, um Kleingeld zu sammeln, zumeist aber den Schaffnern in keiner Beziehung entgegenkommt. Die Beschwerden sind ohne Zweifel berechtigt. Die Direktion könnte das Uebel zum mindesten verringern, wenn sie Serienfahrtscheine herausgäbe würde.

— Für die Vorstände der Elternräte der Altstadt findet am Freitag den 16. April, abends 8 Uhr, in der Aula der Augustaschule, Littenstraße, eine Sitzung statt.

— Lohnbewegung der Holzarbeiter. Infolge des Hinzutretens unserer eingereichten Lohnforderung seitens des Arbeitgeberverbands ist es in einigen Betrieben zur Arbeitsruhe gekommen. Der Arbeitgeber hat eine Abschlagszahlung von 60 Pfennig angeboten und jede weitere Verhandlung darüber abgelehnt, da dies der Beschluß ihrer Reichskonferenz sei. Weitere Arbeitsverhältnisse dürfen nur mit Genehmigung der Verwaltung vor sich gehen. Die Verwaltung.

— Von der Bedeutung der Künste für uns Deutsche von heute. In der letzten Nummer der „Volksstimme“ vom 21. April, abends 8 Uhr, in der Rismarschschule bieten wir. Museumsdirektor Professor Dr. Kolbehr wird über die bildende Kunst einen Lichtbildervortrag halten. Die Dichtkunst wird Herr F. C. Ködemeyer durch einige Goethe's Dichtungen veranschaulichen und die Musik wird durch Herrn Binger in Vortellung des Herrn Pianisten Fritz Wille zu Gehör gebracht. Dem Arbeiterbildungsausschuß sind eine Anzahl Programme zur Verfügung gestellt, die zum Preise von 1 Mark in der Buchhandlung Volksstimme zu haben sind.

— Neue Reichsmittel für den Ausgleich der neuen Lebensmittelpreissteigerungen. Nachdem im Haushaltsjahr 1919/20 7 1/2 Milliarden Mark für Verbilligung eingeführter Lebensmittel aufgewandt sind, wird demnächst ein Notetat mehrere weitere Milliarden hierfür fordern. Trotzdem ist die angekündigte Verzerrung unvermeidlich.

— Der Lebenslohn in Magdeburg. In einer Vertreterversammlung der Angestellten in den Magdeburger Kaufhäusern, Spinnereien und sonstigen offenen Ladengeschäften behandelte Gewerkschaftsbeamter Bach den Lebenslohn in Magdeburg. Nach dem Magdeburger Angestelltenrat gelte für offene Ladengeschäfte die Zeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends mit den Verbrüngen, die durch Magistrateverordnung bestimmt werden. Die Verordnung lege den Geschäftslohn teilweise um 5 Uhr abends zwecks Licht- und Kohlenersparnis fest. Mit dem Aufheben dieses Magistrateverordnungs wurde im Einklang der Lebenslohn werktags um 6 Uhr durchgeführt werden. Einige größere Geschäfte gehen aber über diese tariflichen Abmachungen hinweg und schließen Sonntags abends erst um 1/7 bzw. 7 Uhr. Hiergegen muß Einspruch erhoben werden, da durch die verlängerte Geschäftszeit keinerlei Vorteil für die Geschäfte erwächst, dagegen die Angestellten um den sehr nötigen freien Abend kommen. Preisessatz werden die Gewerkschaften mit dieser Verschlechterung der Arbeitszeit einverstanden sein. Gleichzeitig muß auch auf eine Änderung des Ortsstatuts hingewirkt werden, damit auch die Firmen, die keine Angestellten beschäftigen, auf den 6-Uhr-Lebenslohn verpflichtet werden. In der lebhaften Diskussion wurden die Ausführungen des Redners unterstützt und von den Angestellten der Kaufhäuser darauf hingewiesen, daß der Geschäftslohn in den Abendstunden keine Verlängerung rechtfertige. Der Gewerkschaftsverband wurde beauftragt, die nötigen Schritte zu tun, um das Offenhalten der Geschäfte nach 6 Uhr zu unterbinden.

— Eine neue Kolstransporteinrichtung des Gaswerks. Die auf dem Gaswerk vorhandenen Brauereifolien, die für die 10er Vertikalretorten bestimmt waren, sind in Zukunft hinsichtlich Leistung und Abmessung für den vergrößerten Koksbedarf der neu zu erbauenden Annamersbänne nicht mehr ausreichend. Der Koksbedarf bei den 10er Vertikalretorten betrug beim Entladen einer Retorte etwa 850 Kilogramm. Nach erfolgtem Umbau in Annamersbänne ist beim Entladen einer Kammer mit einem Koksbedarf von etwa 900 Kilogramm zu rechnen. Für diese plötzlich anfallende Kolsmenge genügt der Querschnitt der Binnen nicht. Außerdem sind die Ketten in ihrer Ausführung zu schwach, da bei ihrer Berechnung die geringere Kolsmenge maßgebend war. Bei Betriebsstörungen, die vornehmlich durch Zerreißen der Ketten herbeigeführt werden, müßte der Koks unter die Ketten gelassen und dort abgelagert werden bzw. im Ofen stehen bleiben. Beide Vorgänge würden die Ketten schwer schädigen und ihre vorgesehene Lebensdauer beeinträchtigen. Die Schwächen der Brauereifolien als Koksstransportmittel sind in den letzten Jahren, besonders in den letzten 12er Vertikalretorten, mit gleichfalls großen Abgemängern, deutlich in die Erscheinung getreten. Infolgedessen hat die Verwaltung der Gas- und Wasserwerke im Verein mit der Berliner Anhaltischen Maschinenbau-Aktiengesellschaft eine Koksstransportanlage entworfen die für die vorhandene Anlage nicht nur eine vollständige Neuerung schafft, sondern auch später nach dem Endausbau allen Ansprüchen genügt und im Rahmen des gesamten Umbaus steht. Die Anlage wird nach dem Vorkaufsplan rund 1 Million Mark kosten. So ungezogen der Bau angesichts der gegenwärtigen Teuerung erscheint, erweist er sich doch als eine bringende Notwendigkeit, da die alte Einrichtung, wie ausgeführt, für einen ordnungsmäßigen Betrieb nicht mehr ausreicht. Die Überlegung ergibt jedoch auch in wirtschaftlicher Hinsicht einen vollkommenen Ausgleich. Hierbei ist davon auszugehen, daß Stromverbrauch und Maschinenbedienbarkeit bei der neuen Transportanlage gleich viel, jedenfalls nicht mehr als bei der vorhandenen, kosten. Es ändern sich aber zugunsten der neuen Anlage die Unterhaltungskosten und die Kosten für den Ofenbetrieb. Ferner ergibt sich ein Gewinn aus der verbesserten Koksbeschaffenheit. Die Stadtverordneten werden sich mit der Vorlage beschäftigen.

— Das Kommando der Sicherheitswehr für die Provinz Sachsen. Aus Gründen der Zweckmäßigkeit ist, wie die Pressestelle des Oberpräsidiums uns mitteilt, der Kommandostab der Sicherheitspolizei von Weimar nach Magdeburg verlegt worden. Die Geschäftsräume befinden sich in der alten Kommandantur, Gouvernementsstraße 1. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte ist der bisherige Kommandant von Bresslau, Generalmajor v. St.-Ange, betraut worden.

— Beim Mittelstandskongress in Weimar. Der hiesige neugebildete Ortsausschuß der Deutschnationalen Volkspartei für Handwerk und Mittelstand hatte am Mittwoch den antisemitisch angehauchten Wäldermeister Rieseberg aus Queblinburg wieder in die Öffentlichkeit gestellt. Im Friedrichs-Festsaal sollte er eine Wahlrede halten über das Thema „Mittelstand und Reichstagswahlen“. Es war ein buntes Gemisch aus allen Kreisen der Bevölkerung, in das Herr Rieseberg und seine Hintermänner ihre Wählerfischlinge auswarfen. Der Krieg und die Revolution sind an dem früheren konservativ-antisemitischen Mittelstandskongress spurlos vorübergegangen, nur daß er jetzt Gelegenheit hat, statt auf die „Warenhausjuben“, auf „die Juden in den Kriegsgesellschaften“ und anderswo zu schimpfen. Wenn Rieseberg es auch nicht mehr ganz so arg macht wie früher, aber „ganz kommen wir bei der Rettung des Mittelstandes um die Judenfrage nicht herum“, meinte er. Nach welcher Richtung sich diesmal die Agitation der Deutschnationalen Volkspartei bewegt, zeigte der Vorlesende der Versammlung, der unter allgemeinem Beifall mitteilte, daß wir es unter der neuen Freiheit glücklich so weit gebracht haben, daß ein ehemaliger Tischler Oberbürgermeister, ein ehemaliger Schriftführer Polizeipräsident und eine ehemalige Großhändlerin gar Oberpräsident geworden ist. (Begeistertes Brüllen.) Bei der jetzt herrschenden Freiheit, so meinte derselbe Herr, seien wir glücklich dahin gekommen, daß ein Unternehmer nur noch den Arbeitnehmer einstellen dürfe, der ihm von der städtischen Vermittlungsstelle überwiesen würde. Weshalb und warum notgedrungen die Behörden zu diesen und ähnlichen Zwangsmassnahmen kommen mußten, das versagten die Herzen anzuführen. Weiblich wurde auch auf den Herren Arbeitern herumgeritten, die jetzt alles erreicht hätten, und ein Straßentrottel verdiente mehr als ein Handwerksmeister. Die ganze Steuererhebung sei für diese Preise und auch für die Hausbesitzer geradezu ruinös. Damit den Handwerkern, den Gewerbetreibenden, den Beamten und Kaufleuten geholfen wird, damit Angebot und Nachfrage wieder im Wirtschaftlichen zur Einführung gelangen, damit das kranke Deutschland wieder gesundet, deshalb soll der Mittelstand in der Deutschnationalen Volkspartei seine barockste Vertretung erblicken und — Herrn Rieseberg in den zukünftigen Reichstag schicken. Punktum! Für diejenigen, die für Wahlversammlungen verjüngerte Sitten einzuführen wünschen, war die anschließende Debatte eine wahre Fundgrube. Als der Demokrat Rieseberg ein einiges von dem, was Rieseberg ausgeführt hatte, zu widerlegen versuchte, gefiel sich die Mehrzahl der Versammlungsteilnehmer in den rührenden antisemitischen Schimpfereien. Nach diesem ersten Auftakt für die diesjährige Wahlbewegung kann man sich auf recht angenehme Versammlungen gefaßt machen.

Sur Maifeier.

Die Maifeier fällt in diesem Jahr in den Wahlkampf. Trotz dem wird sie wohl allseits feierlich begangen werden.

Ein passender Weg zu einem Programm für eine würdige Maifeier bietet sich aber schon jetzt durch Zusammenwirken mit den örtlichen Arbeiterjugendvereinen.

Parteinachrichten.

(Zellenpreis 30 Pfennig, Beträge vorher einbringen)
Zellenpreis 30 Pfennig, Beträge vorher einbringen

Kreis Volksrecht-Neukaldenleben.

Generalversammlung.

Auf Beschluss der Parteitagskommission findet am Sonntag den 25. April vormittags 9 Uhr in Magdeburg im Rathaus...

Tagesordnung.

- 1. Bericht der Sekretäre, a) Geschäftsbericht, b) Kassenbericht, c) Resolutions-; 2. Die Organisation der Partei...

Die Agitationskommission.
F. A.: Stephan Dirre, Oberstedt.

Barneberg, 15. April. (Gemeindevertreter-Sitzung.) Die Errichtung einer Arbeiterwehr wurde einstimmig beschlossen.

Delleben, 14. April. (In der Gemeindevertreter-Sitzung) wurde beschlossen, die Pflasterung im Vogelzungen zuzulassen.

Werkstatt in der Kaiser-Friedrich-Strasse eine Arbeiter-Damen-...
aus dem Umkleekabinett einer Fabrik am Kaiser-Otto-Ring ein grünliches Umschlageruch...

X Wer gehören die Krebriemen? Aus unbekanntem Diebstahl herrührende Krebriemen verschiedener Breiten...

X Festgenommen wurde der Arbeiter Wilhelm Hasenbruch, der sich vor längerer Zeit von einem Zigarrenhändler einen großen Posten Zigaretten erschwindelte...

Magdeburger Partei-Nachrichten.

Socialdemokratischer Verein.
Besitz-Vermerker. Am Freitag den 18. April, abends 7 Uhr...

Theater, Konzerte etc.

Resurrectionen.

Städtisches Theater. Die Reise in die Mädchenei. Diesen vielversprechenden Titel haben H. Engel und S. Seemann ihren Lustspiel gegeben...

Städtisches Theater. Schalkowitzs fünfte Einfolge ist einer köstlichen Bearbeitung des Orchesters wert...

Städtisches Theater. Schalkowitzs fünfte Einfolge ist einer köstlichen Bearbeitung des Orchesters wert, wenn sie auch nicht das beste aus seinen musikalischen Werken ist...

Mittellungen der Direktoren.
Heute Freitag: Wenn wir Toten erwachen. Sonntag, Dienstag, Donnerstag, Anfang 5 Uhr: Parsifal.

Das dumme Volk. Ein Leser schreibt uns: In dem nach Altkämmerer und bekanntem Recept angefertigten Zeitartikel...

Ein Arbeiter, der seine Zeit verkehrt. Der Inhaber der Magdeburger Grahthofenmanufaktur Große Driesdorfer Straße...

X Zeugen gesucht werden in der Mordsache an der Chaussee nach Barleben am 10. v. M. In diesem Tage, abends 8 Uhr...

X Gefunden wurden: auf der Post eine größere Anzahl goldene Herrenringe (teils 333 und teils 555 gestempelt), matte Platinringe...

Der Schandfleck.

Roman von Ludwig Hagengruber.

(38. Fortsetzung.)

Magdalena ging in die Fremde, ihr Brot suchen, und die Fußten zur Kirchweih, suchten ihre Freunde und waren wieder mit dem Morgen heim.

Als sie aufatmend stehenblieb und sich umsah, da hielt der Wagen am Anfang des Ortes, ein Mädchen schwang sich hin und her und begann zu lachen und winkte auf sie zu kommen.

Magdalena wartete, bis sie herankam.
„Ja, sag mir nur, um alles in der Welt, Beni, was freiest Du denn? Ich schreie mich heißer, damit Du uns abwarst, auf unsern Wagen aufsteige mit uns zur Kirchweih gehst, aber Du gibst kein Gehör und auf die Reht nimmst Du gar Verstoß.“

„Was ist denn das für eine Geschichte? Du sagst, ich hab dich nicht geliebt? Ich hab dich geliebt, aber du bist ein böses Mädchen!“

„Was ist denn das für eine Geschichte? Du sagst, ich hab dich nicht geliebt? Ich hab dich geliebt, aber du bist ein böses Mädchen!“

„Was ist denn das für eine Geschichte? Du sagst, ich hab dich nicht geliebt? Ich hab dich geliebt, aber du bist ein böses Mädchen!“

„Was ist denn das für eine Geschichte? Du sagst, ich hab dich nicht geliebt? Ich hab dich geliebt, aber du bist ein böses Mädchen!“

„Was ist denn das für eine Geschichte? Du sagst, ich hab dich nicht geliebt? Ich hab dich geliebt, aber du bist ein böses Mädchen!“

nicht verdient hast um mich, so geleit ich dich doch ein Stück Weges.“

„So komm!“ Die beiden Mädchen hielten Schritt und gingen ziemlich rasch einher.

„Du, Beni,“ begann Franzl, „nimm es nicht für übel auf, aber sag, geht ja, Du gehst wegen dem Müller Florian?“

„Mag schon sein.“

„Willst Du dein Vater ihm nicht geben?“

„Nein.“

„Sich gewiß auch Deine Mutter befragen?“

„Freilich.“

„Das ist recht geräudlich von Deinen Eltern, Schau, wie so alte Leute sind! Weil sie keinen Gefallen mehr aneinander finden und sich leicht entzweien mögen, denken sie gar nicht, was wohl ungeräudlich für ein Verlangen haben könnt und daß sie selber einmal nicht anders waren, sonst liefen wir nicht da auf der Welt herum.“

„Ich denke, alte Leute sollten sich doch immer erst bestimmen, ehe sie uns Jungen nein sagen. Und gar bei Euch! Was ist denn an dem Müller Florian auszusetzen? Ist er nicht ein ordentlicher braver Bursche? Hat er nicht, oder kriegt er nicht, daß er Weiß und Kind vollaug erndären kann? Geh, ich mag gar nicht darüber reden, sonst kommt mir der Werg!“

„Ist das auch recht von Deiner Mutter, daß sie kein Wort für Dich einlegt, wo doch wir Weiberleute zusammenhalten sollen, damit wir etwas gegen die Männer ausrichten? Ist das auch gescheit von Deinem Vater? Ich meine schon, der ist auch nur im Sonnenschein, vor den Leuten, klug und zu Haus trägt er einen Spenger mit einem Loch am Ellbogen, und da guckt das Hemd hervor, und das ist seine ganze Weisheit für daheim!“

„Mußt nicht ungebührlich reden von dem alten Mann, wo Du doch nicht weißt, was eigentlich an der Sache ist; er hat nicht anders können.“

„Was ist denn das für eine Geschichte? Du sagst, ich hab dich nicht geliebt? Ich hab dich geliebt, aber du bist ein böses Mädchen!“

„Was ist denn das für eine Geschichte? Du sagst, ich hab dich nicht geliebt? Ich hab dich geliebt, aber du bist ein böses Mädchen!“

„Was ist denn das für eine Geschichte? Du sagst, ich hab dich nicht geliebt? Ich hab dich geliebt, aber du bist ein böses Mädchen!“

„Was ist denn das für eine Geschichte? Du sagst, ich hab dich nicht geliebt? Ich hab dich geliebt, aber du bist ein böses Mädchen!“

„Was ist denn das für eine Geschichte? Du sagst, ich hab dich nicht geliebt? Ich hab dich geliebt, aber du bist ein böses Mädchen!“

„Was ist denn das für eine Geschichte? Du sagst, ich hab dich nicht geliebt? Ich hab dich geliebt, aber du bist ein böses Mädchen!“

„Was ist denn das für eine Geschichte? Du sagst, ich hab dich nicht geliebt? Ich hab dich geliebt, aber du bist ein böses Mädchen!“

„Was ist denn das für eine Geschichte? Du sagst, ich hab dich nicht geliebt? Ich hab dich geliebt, aber du bist ein böses Mädchen!“

„Was ist denn das für eine Geschichte? Du sagst, ich hab dich nicht geliebt? Ich hab dich geliebt, aber du bist ein böses Mädchen!“

„Was ist denn das für eine Geschichte? Du sagst, ich hab dich nicht geliebt? Ich hab dich geliebt, aber du bist ein böses Mädchen!“

„Was ist denn das für eine Geschichte? Du sagst, ich hab dich nicht geliebt? Ich hab dich geliebt, aber du bist ein böses Mädchen!“

„Was ist denn das für eine Geschichte? Du sagst, ich hab dich nicht geliebt? Ich hab dich geliebt, aber du bist ein böses Mädchen!“

Ziegen- und Ziegenlammfell
kauft zu hohen Preisen
Alfred Limmer
Schwertfegerstraße 13. 753
Tel. 6229.

Frauenhaare
kaufe ich auch die kleinsten 4.00 bis zur 5.00
Posten pro 100 Gramm
Die befand. langes, ausgekämmt
Damen, Haar haben, erhält. f. 100 Gr. 6.00
Willi Träbert, Bräutatenstraße 18
gegenüber Weders Buchhandlung. 860

Lehrmeister-Bücherei
Kleiniersucht, Geflügel- u. Bienenzucht
Das Schaf (Nr. 4024) Schweinezucht (Nr. 85)
Mussbrügende Stegenzucht (Nr. 3388)
Mussbrügende Kaninchenzucht (Nr. 170/1)
Der Kaninchenfall (Nr. 400)
Verarbeit. d. Kaninchenfelle zu Pelzwar. (Nr. 482)
Rationelle Fütterung v. Kleinhaustiere (Nr. 97/8)
Gesundheitspflege der Kleinhaustiere (Nr. 224)
Landwirtschaftliche Geflügelzucht (Nr. 95/6)
Mussbrügende Hühnerzucht (Nr. 225/6)
Wasserrüde Brut u. Aufzucht der Ruten (Nr. 265)
Künstliche Brut und Aufzucht (Nr. 130)
Mussbrügende Gänsezucht (Nr. 282)
Augenzucht (Nr. 263/4) - Mästaubens. (Nr. 50)
Geflügelkrankheiten (Nr. 92/4)
Bienenwaben - Pflanzen (Nr. 326)
Handbuch der Bienenzucht (Nr. 172/7)
Leitfaden der Bienenzucht (Nr. 107)
Selbstanfertigung v. Bienenwohnungen (Nr. 412/3)
Kombinenzucht im gemischten Betriebe (Nr. 461/3)
Monatsblätter für Bienenzüchter (Nr. 178)
Preis jeder Nummer 70 Pfg.
Buchhandlung Volksstimme
Große Mühlstraße 3.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Magdeburg.
Versammlungen tagen:
Sonntag den 17. April, abends 7 1/2 Uhr
Bezirk Magdeburg, Theaterstraße 28.
Bezirk Alte Neustadt in der „Krone“, Woblenstraße.
Bezirk Neue Neustadt im „Weißen Hirs“, Fried-
richsplatz.
Bezirk Wilhelmstadt im „Gottlichen Garten“,
Große Dönhofsche Straße.
Bezirk Sudenburg im „Wohn“, Halberstädter Str.
Bezirk Buckau im „Ehalla“-Saal.
Bezirk Jermerleben bei Stiller.
Bezirk Groß-Obersleben bei Neuberg.
Bezirk Gabel-Westerhagen bei Himmberg.
Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Bericht über den
Stand unserer Verhandlungen, Referenten: Herr
F. H. G. Schmidt, Herr F. H. G. Schmidt, Herr
F. H. G. Schmidt, Herr F. H. G. Schmidt.
Montag den 19. April, abends 7 1/2 Uhr
Bezirk Barleben im Gesellschaftshaus.
Um 4 1/2 Uhr:
Alle Vertrauensleute und Ausschussmit-
glieder sämtlicher Betriebe und Branchen
bei 5 1/2 Uhr, Theaterstraße 22.
Niemand fehlt hier! Die Verwaltung.

Verband d. Fabrikarbeiter Deutschl.
Verwaltung Magdeburg
Sitzung: Knochenhauerstr. 22. Fernsprecher 404
Am Sonntag den 17. April, abends 7 1/2 Uhr, in der
„Bürgerhalle“, Knochenhauerstr. 27/28
Außerordn. Generalversammlung
der Mitglieder aller zur Verwaltungsstelle
Magdeburg gehörenden Bezirke.
Tagesordnung:
1. Die Aufgaben des 13. ordentlichen Verbandstages.
Referent: Kollege Otto Frenzel. 2. Beschlußfassung
über die Anstellung eines weiteren Beamten.
3. Geschäftsbericht.
Der Eintritt erfolgt nur gegen
Vorzeigen des Mitgliedsbuchs.
Die Verwaltung.

Deutscher Eisenbahner-Verband
Ortsverwaltung Schönebeck.
Dienstag den 20. April, abends 7 Uhr, im Reinen
Stadtbad-Saal
Mitglieder-Versammlung.
Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ist das Er-
scheinen aller Mitglieder dringend ersucht. Der Vorstand.

Gerwisch. Gerwisch.
Freitag den 16. April, bei Herrn Lentze.
öffentl. Volksversammlung
Am zahlreichen Zuspruch bittet
Der Sozialdemokratische Verein.

Die Konferenz der Landarbeiter
findet nicht am 16. April, sondern
am 23. April in Marienberg statt.
Der Vorstand.

Lichtspiele
Heute und folgende Tage
Lichtspiel- Panorama
Die Siebzehnjährigen
Für den Film bearbeitet nach
dem gleichnamigen Bühnen-
werk von Dr. Max Dreger
5 Akte. 5 Akte.
Sauptdarsteller:
Hanni Welso
Kurt Vespermann.
Wamperl,
der Kriegsgewinnler
Suffspiel in 2 Akten.
Kammer-Lichtspiele
Mia May
Der Amönenhof
Romische in 5 Akten
nach dem gleichnamigen Roman von
Gräfin E. Adersfeld-Dalstein.
Regie Uwe Jens W. Krafft.
Asta Nielsen
Der Fackelträger
Drama in 5 Akten.
Tonbild-Theater
Henny Porten
Kohlhiesels Töchter
Suffspiel in 4 Akten.
Regie: Ernst Lubitsch.
Henny Porten in der
Doppelpartie als Liesel und
Gretel Kohlhiessel.
**Das Schicksal zeigte
den Weg**
Drama in 4 Akten.
In der Hauptrolle:
Grete Lundt.
Anfang Sonntags 8 Uhr
Wochentags 6 Uhr Ende 10.45 Uhr
Beginn der Abendvor-
stellung 8.30 Uhr.

Grammophonplatten
abgeplattete und frisch, kauft
zu höchsten Preisen
Paul Sappelt
Krügerbrücke 1a. 895
Auf Wunsch Abholung.
Postkarte genügt.
Möbeltransporte
innerhalb der Stadt, über
Land- u. per Bahn ohne jede
Umladung führt billigst aus
Ernst Funke
jetzt Buckau, An d. Elbe 8.
Telephon Nr. 4400. 889

Umzüge
Zu allen Arten
Gebäudeveränderung, ein- u.
Umpflanzung, übernehm. sofort
Blau Radler, Schönebecker Str. 8.
Telephon 5250 und 2475.

**Dachpappen
Dachlatten**
Solange Vorrat, vert. Carl Rich.
Steinbecher, Olivenstädter Str. 6.
**Schreibmaschinen-
Reparaturen**
Verkauf - Miete - Ankauf
aller Büro-Büchermaschinen.
Ludwig Hesse, Magdeburg
Schwibbogen a. Tel. 2071.

**Englische und deutsche
Zigaretten**
aus bestem Tabak,
Zigarren
rein Niedersee
Zigarillos
sehr preiswert.
Reiner Rauchtabak
Feinschnitt, Pfund 25 Mt.
Robert Freye
Tabakwaren - Großhandl.
Schönebecker Straße 94c.
Blühender Einkauf
für Wiederverkäufer.

**Deutsche Tafelschokolade
Kakao**
Fruchtschaumwein
und viele andre Artikel.
Bitte Preisliste fordern.
Adolph Behrendt
Magdeburg C154
Telegr.-Adr. Ubohe, Tel. 7153.

Gänsefüßen
alle Tage zu haben. Dr. Mecke,
Hilfenbergdingen. Tel. 468.
Freitag u. Sonnabend Pöbische-
hof bei Gerek. 840
Hühnerküken
zu verkaufen. 833
A. Oppermann,
Langenweddingen und
M. Sudenburg, Bergstr. 6.
Gänseküken
täglich bei
G. Muske, Langenweddingen,
bist am Bahnhof - Tel. 488.
Mittwoch u. Sonnabends
Restaurant zur Börse,
Erdbeerenstraße.
Transport prima
**Altm.
Ferkel**
und Fatterschweine sehr
billig zum Verkauf bei
Frz. Dietrich
Schmidtstr. 21, Ecke Neuhofplatz.

Zuführungen
Hornhaut, Bollen und Wargen \$280
beseitigt man schnell, sicher und schmerzlos mit
Kukirok. In vielen tausend Fällen glänzend be-
währt. Kukirok ist in Apotheken und
Drogerien zum Preise von 20. 200 erhältlich. Lassen Sie
sich nichts anderes anreden, es gibt nichts Besseres.
Hennenberg & Co. Nacht-, Wilmstraße, und sämtliche
Filialen, und Hermann Lorenz, am Markt.
Abholung!
Zeitungspapier
zusammengebunden 778
40 Pfg.
Alfred Limmer, - Schwertfegerstr. 13
Telephon 6629 -

Kochgeschirre
Einem großen Posten
emailierte
**gute Ware, noch preiswert in
großer Auswahl empfiehlt**
Otto Janoschek, Große Junterstraße 6a,
gegenüber dem Ursushof. 891
Bohnenstangen in jeder Menge verkauft
Behenroth, Königsborner Str. 5.
**Ein 2- oder 4rädiger
Federplatten-Sandwagen**
zu kaufen gesucht. Offerten unter 935 an die Expe-
dition dieses Blattes. 935

**Walhalla
Lichtspiele**
Heute und folgende Tage
Der aufsehenerregende Sensations-
und Zirkusfilm
Dämon der Welt
6 Akte. 1. Teil. 6 Akte.
Das Schicksal des Edgar Morton
In den Hauptrollen:
Charles Willi Kayser
Dora Schlüter
Als ich eine Leiche war
Gängebendes Suffspiel in 2 Akten mit
Katta Sterna und Ernst Matray
in den Hauptrollen.
Spielzeit wochentags von 6 bis 10 1/2 Uhr,
Sonntags von 3 bis 10 1/2 Uhr.

Fürsten-Cafe
mit hochelegantem
Winter - Palmen - Garten.
Täglich nachmittags und abends:
Vornehme Salon-Musik.
Wein-, Likör- und Mokka-Zimmer.
Raucht Bonitas!

Zur Maifeier
empfehlen wir
Liederbuch
für Arbeiter
Preis 30 Pfg.
Buchh. d. Volksstimme
Große Mühlstraße 3.
Freich
geschlichtete
Kaninchen
empfiehlt 837
A. Herrmann Nchl.
Lübischehofstraße 8.

**Fürstenhof-
Prunksaal.**
Gastspiel Beckers
Der fidele Gannor
Neue Spezialitäten.

Stadttheater
Freitag den 16. April
1. Abend Blau Karten
Wenn wir Taten erwasen.
Anf. 7 Uhr. Ende gegen 9 1/2 Uhr.
Sonnabend keine Vorstellung.
Sonntag, Anfang 8 Uhr
Parfital.

Wilhelm-Theater
Freitag 7 1/2 Uhr Gastspiel des
Stadttheaters
Robert u. Bertram
Sonnabend 2. Gastspiel
Ferry Werner
Die Esardasfürstin
Montag den 19. April
Ehrenabend Käthe Fischer
Wiener Blut.

Zentraltheater
heute Jubiläums-
129. Vorstellung
Zum 25. Male
**Sterne, die
wieder leuchten**
Beginn 7 Uhr.

**Südrestaurant
Cierpreislat**
Stadt Hamburg
Werftstraße 28. 938
Heute Donnerstag 7.55 sowie
eben Sonnabend u. Sonntag
Großer Preislat.
Dazu lad. ein Herm. Scherwagen.
Altmarkter Hof Berg 51.
Freitag u. Sonnabend 9.32
Gr. Preis-Skat. ff. Preise.
Stephanshallen
Direktion Rich. Frohartz
Erstklassige Varieté-
Vorstellungen
sowie Aufführung von nur
einwandfreien
Volksstücken.

U. T. Lichtspiele U. T.
Dr. Storchstraße 7
4-Wochen-Spiel
Die Herrin der Welt
3. Teil: Rabbi von Rom - Zu
Hauptrollen: Mia May, H. Mierendorf, Michael
Bohnen, P. Hünne, E. Hofmann. 810
Alle 8 Teile hinter-
einander bei 2 mal
wöchentl. Wechsel
Dienstag u. Freitag
3. Teil: 16.-19. April
4. Teil: 20.-22. April
5. Teil: 23.-26. April
6. Teil: 30. Apr.-3. Mai
7. Teil: 4.-6. Mai
8. Teil: 7.-10. Mai
Programmumfang: Werktags 6 Uhr, Sonntags 4 Uhr.
Bitte, notieren Sie sich die einzelnen Spieltage!

Freie Volksbühne Magdeburg, gegr. 1905
Freitag den 16. April, abends 7 Uhr,
im „Wilhelmspark“
Gr. Schauspielabend
Surr Aufführung gelangt
Staatsanwalt Alexander
Programme mit früherem Datum haben Gültigkeit
Ergebnis lobet ein Der Vorstand.

Magdeburg **Magdeburg**
Bismarckschule, Fürst-Leopold-Str.
Ausstellung
zur
Bekämpfung
der
**Geschlechts-
Krankheiten!**
Eröffnung: Sonntag den 18. April
Täglich geöffnet von 11 bis 8 Uhr für Damen und
Herren - Montags und Donnerstags nur für
weibliche Besucher
Eintrittspreis 1.00 Mark. 50 Pfg. Personen unter
16 Jahren haben keinen Zutritt
Täglich herliche Führungen
veranstaltet v. Nationalhygiene-Museum Dresden
und der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung
der Geschlechtskrankheiten.

Dark-Lichtspiel
**Aus den Geheimnissen eines
Frauentöters**
Drama in einem Vorspiel und vier Akten.
Sauptdarsteller
Emmi Schaeff :: Georg Buchardt
810
Der Mann seiner Tochter
Suffspiel in 2 Akten.

G. Frochwaigs Tanz-Institut.
Neuer Kursus
beginnt Mittwoch den 21. April im Saale des
Sudenburgs Bürgerhauses, Halberstädter
Straße 22, für beigelebte Kriegsgefangene be-
sonders zu empfehlen. Anmeldungen weiterer Damen
und Herren werden zu jeder Zeit im Lokal entgegen-
genommen. Privatunterricht zu jeder Zeit.
G. Frochwaig, Tanzlehrer.

Zirkus-Lichtspiele.
Das sensationelle Meisterfilmwert
Richard Oswalds
Unheimliche Geschichten!
5 Akte von selten packender Realität, mit
Anita Berber, Konrad Veidt
Reinhold Schünzel.
Dazu das glänzende Suffspiel K295
Hoppla - Herr Lehrer!
3 Aufzüge Akte von
- Kurt Wolfram Riefling -
Spitzelk. Wochentags von 6 bis 10.45 Uhr
Sonntags von 3 bis 10.45 Uhr
Beginn der Abend-Vorstellung 8.15 Uhr.

schwörungen von Progenz einzuzeichnen sind. Eine weitere an den Grafen Bernstorff gerichtete Frage bezieht sich darauf, ob er die Behauptung aufrechterhalte, daß Lubendorff eine amerikanische Friedensvermittlung nicht gewollt habe, weil der U-Bootkrieg den Krieg in 8 Monaten beendet haben würde. Ich habe, so bemerkt Graf Bernstorff, die Verweigerung Lubendorffs so aufgefaßt, als ob diese Ansicht die Kollektivantwortung der maßgebenden Kreise in Berlin sei, und das ist vor allen Zeugen hier bestätigt worden. Meine Ansicht, daß es sich bei meinen Besuchen bei der Obersten Heeresleitung um einen reinen Höflichkeitbesuch handelte, halte ich aufrecht. Eine Auforderung zum Besuch habe ich nicht erhalten, wenn ich mich auch bei rein gesellschaftlichen Anlässen dazu bereit erklärt habe. Ob Privatberichte an das auswärtige Amt gegangen sind, weiß ich auch heute noch nicht.

Vorf. Gottsch: Der Generalkonsul in Neuport soll noch bei der Heberfahrt nach Europa gesagt haben, Amerika werde wohl die Beziehungen abbrechen, aber niemals den Krieg erklären. — Graf Bernstorff: Er hat gesagt, ehe die Amerikaner Deutschland den Krieg erklärten, würden sie lieber Wilson davonjagen.

Weitere Fragen liegen nicht vor. Die Verhandlungen werden wiederum abgebrochen. Die nächste Sitzung soll am 16. April, vormittags, stattfinden. Der Vertreter des Generalkonsuls in Neuport, Dr. Hesserfeld, soll als Auskunftsperson gehört werden. Dagegen hat der Ausschuss zunächst davon abgesehen, die Propagandaaktivität in den Vereinigten Staaten, die namentlich auch von General Lubendorff in seiner Vernehmung angegriffen worden ist, in den Kreis der Untersuchungen zu ziehen, da durch die Aussage des Grafen Bernstorff festgestellt worden ist, daß diese Tätigkeit nicht von der Botschaft in Washington, sondern von einem eignen Bureau in Neuport geleitet worden ist.

Dutschvorbereitungen in Pommern.

Aus Vorpommern wird mitgeteilt, daß die Zeitfreiwilligen dort nicht entlassen sind. In Greifswald hatten die dortigen Zeitfreiwilligen, Studenten, fortgesetzt Übungen im Scharfschießen und mit Handgranaten ab. Von der Entlassung der Baltikumer ist gar keine Rede. Staatskommissar Genosse Krüger hat zum Beispiel festgesetzt, daß Anfang voriger Woche eine große Anzahl von ihnen auf dem Dänholm, einer Insel bei Stralsund, war. Sie sind nicht entlassen, sondern werden in Anklam bei Stettin gesammelt.

Der verhaftigte Oberst Bischoff hat kurz nach Ostern im Preußenhof in Greifswald mit einer großen Suite von Offizieren geflüchtet und sich dann öffentlich über seine Pläne unterhalten. Gegen Bischoff ist ein Schutzhaftbefehl erlassen.

Aus Weeslow wird dem „Vorwärts“ gemeldet, daß auch beim 2. Reserve-Artillerie-Regiment 15, das in Weeslow in Garnison liegt, vor einigen Tagen Offiziere in Zivil sich eingefunden hatten, um mit den Führern Fühlung zu nehmen. Es handelt sich um entlassene Offiziere, die jetzt von Garnison zu Garnison reisen, um für eine Wiederholung des Rufsches Stimmung zu machen.

Unter dem Einfluß der reaktionären Kräfte halten die pommerschen Landwirte seit 8 Tagen offensichtlich mit den Pflichtablieferungen zurück.

Mitten in Berlin, so z. B. im Bahnhof Zoologischer Garten, haben sich wieder Werbestellen aufgetan, die ganz ungeschämt Freiwillige für dunkle Zwecke anwerben.

Zu der Hamburger Meldung, daß zwei Bataillone an die pommerisch-polnische Grenze abtransportiert worden sind, sagt eine zuverlässige Stelle, das sei nicht eine Strafverurteilung verfassungstreuer Truppenteile, sondern die überangestrenzten Bataillone des Grenzschildes hätten einmal der Ablösung durch Heimattruppen bedurft. Die abgelassenen und nach Neustrelitz beorderten Grenzschildtruppen wurden übrigens nicht in die dortige Reichswehrkaserne hineingelassen, sie wurden in Lübeck und Cuxiner Kasernen verlegt.

Ueber die auffälligen Vorgänge in Pommern und an andern Stellen des Reiches schreibt die „Freiheit“:

„Den eigentlichen Kern der Verschwörung bilden auch diesmal wieder die Baltikumer mit der Eisernen Division und Major Bischoff an der Spitze. Die Freikorps vor allem die Marinebrigade Ehrhardt und Loewenfeld, geben dem Gerippe einen festen Halt. Die Potsdamer Garnison steht geschloffen hinter dem neuen Putsch. Jüterbog und Bosen, die noch von Baltikumern überfüllt sind, haben ihre Milizkräfte zugelegt. In Pommern sind auf den Gütern noch große Waffenlager vorhanden, in Mecklenburg auf mehreren Gutshöfen Flugzeugparcs untergebracht. Die Verschwörer haben bereits Pferde und Wagen von den mecklenburgischen und pommerschen Agrariern zur Verfügung gestellt bekommen. Der Putsch soll diesmal nicht in Berlin gemacht werden, sondern man will vom Land aus vorgehen, Berlin zernieren und es zur Übergabe zwingen. . . Die Marinebrigade Ehrhardt ist im Wustrower Lager eingetroffen. Sie denkt aber nicht daran, sich entschloffen zu lassen. Auf den Baracken des Lagers sind bereits die schwarzweißen roten Flaggen gehißt worden. Die Truppen haben den umliegenden Dörfern mehrmals Besuche abgestattet, wobei sie Flugblätter verbreiteten, die von Heereisen gegen die Juden und die „feige und ehelose Regierung Ebert-Dawer“ strotzen. Der Befehlshaber der Brigade, Kapitänleutnant Ehrhardt, hat vor dem Kommando der Truppen aus Berlin noch einmal bei der Admiralität und beim Reichswehrministerium vorgesprochen und sich in den höflichsten Formen verabschiedet. An seine Verhaftung wurde nicht im entferntesten gedacht.“

Auch dem „Berliner Tageblatt“ gehen aus Pommern ähnliche Mitteilungen zu. So wird geschrieben:

Einem aufmerksamen Beobachter in Pommern könnten bei einer so langweiligen Behandlung dieser wichtigen Angelegenheit die Haare zu Berge stehen. Noch nie waren so viel Baltikumtruppen hier wie jetzt. Täglich sind Zu- und Abgänge. Auf Befragen erklärte mir ein Trupp, sie werden von einer größeren Stadt zur andern verfrachtet, sogenannte fliegende Kompanien; ein anderer erklärte: Entlassen, keine Spur, wir gehen mit voller Ausrüstung aufs Land!

Wer besetzt diese Truppen? Wer verpflegt dieselben?

Wie die „F. F. N.“ mitteilen, hofft die Regierung durch die vorgesehenen Sicherheitsmaßnahmen binnen 14 Tagen die Gefahr eines Wiederauftretens der reaktionären Putschversuche in Pommern beseitigen zu können. Wir möchten dringend wünschen, daß sich die Regierung keinem „Rechtsopiumismus“ hingibt.

Trotzdem die Recherchen nach Major Bischoff bisher ergebnislos geblieben, gehen den „F. F. N.“ immer wieder neue Mitteilungen zu, daß sich Bischoff noch in Greifswald oder in der Nähe von Greifswald aufhält und von dort aus von neuem die Eisernen Division organisiert. —

Eine neue reaktionäre Gründung.

Aus Braunschweig wird uns geschrieben: Die Gründung der „Braunschweigisch-niederdeutschen Partei“, die Ende letzter Woche erfolgt ist, beweist deutlich, daß die Reaktion ihre unverkürzte Umsturzpropaganda auch nach dem Rapp-Kutsch fortsetzt. Frech und heuchlerisch predigt der zweite Programmpunkt ihres Wahlauftrags:

Treu halten wir auch fest am monarchischen Gedanken, nicht im Sinne von Imperialismus und Byzantinismus, die wir immer bekämpft haben, sondern im Sinn eines vom Vertrauen der breiten Volksschichten getragenen Stimmrechtsfürstentums.

Und in dem Augenblick, in dem der Feind Deutschland zu zerreißt und die Mainlinie wiederherzustellen sucht, predigt diese reaktionäre Sippschaft offenen Kampf gegen das Reich:

Wir wollen an der Selbständigkeit unsers Herzogtums festhalten, weil wir wissen, was wir an ihm haben, aber nicht wissen, wozu uns ein unparitätisches Trugbild führen wird. Nur in dem einen Falle wollen wir unsre Selbständigkeit opfern, wenn wir gewiß sind, daß es nötig ist und daß wir uns dem Stammbewandten, zum Glück noch ferngeordneten Niedersachsen an- oder englischer können. Wir wollen „Lass von Berlin“, das unser Unglück im Kriege, bei dem Ausbruch der Revolution und auch jetzt wieder war.

In der Spitze dieser herzoglich-monarchisch-welfischen Partei steht Herr Hampe, republikanischer Justizminister des Freistaats Braunschweig! Wo sitzen nun eigentlich in Deutschland die gefährlicheren Volkshemmer, links oder rechts? —

Die Aktion im Vogtland.

Am Mittwoch ist die Reichswehr in Plauen eingedrückt. Die Truppen wurden von der Bevölkerung freudig begrüßt. Auch in Klingenthal sind Reichswehrtruppen in großer Zahl eingetroffen. Die Leute des Hölz, die über Unterjachsenberg und Jägersgrün nach Auerbach geflüchtet sind, haben bei Zwotenthal die Eisenbahnbrücke zerstört und die Geleise gesprengt.

In Jägersgrün, einem an der Staatsstraße Klingenthal-Auerbach gelegenen Ort, ist eine fliegende Autokolonne der Hausfelsen Truppen eingetroffen. Wie vom Führer des Kommandos mitgeteilt wird, hat die Kolonne die Verfolgung der Hölzischen Garbisten aufgenommen, die sich in den ausgebeuteten Wäldern der dortigen Gegend aufhalten. Zwischen den Truppen und einigen der Hölzgarbisten ist es zu Schießereien gekommen. Von den Truppen sind bis jetzt fünf Autos, darunter eins mit 200 Gewehren eingebracht worden.

Wohin sich Hölz gewandt hat, ist zur Stunde noch unbekannt. Man vermutet, daß er sich wieder in Falkenstein verborgen hält.

Nach einer Meldung aus Leipzig wurden in Schönheide durch Gendarmerie drei Hölz-Garbisten verhaftet, welche angeblich Hölz nach dem Zusammenstoß bei Auerbach 500 seiner Anhänger bei Schönheide mit einem Fluchtgeld von 500 Mark für einen jeden entlassen. In Delitz wurde beim Einmarsch der Reichswehr ein Mannbeamter festgenommen, in dessen Besitz sich 800 000 Mark befanden. Es steht noch nicht fest, ob es sich dabei um einen Teil der in Klingenthal von Hölz erpreßten Million handelte. —

Sie wollen's nicht gewesen sein.

In der Nr. 107 der Berliner „Freiheit“ findet sich folgende Meldung abgedruckt:

Die Nachricht, daß unser Genosse Ernst erklärt habe, die Reichswehrtruppen müßten im Ruhrgebiet einrücken, ist glatter Schwundel. Auch sonst sind nirgends Unabhängige für den Einmarsch der Truppen eingetreten.

In ihrer Nr. 104 hatte dieselbe „Freiheit“ folgendes Telegramm abgedruckt:

Duisburg, den 2. April. Nach unsrer einmütigen Auffassung der Lage ist sofortiges nachdrückliches Vorgehen der Reichswehr das einzige Mittel, um Duisburg und Umgegend vor äußerster Not und Elend zu schützen. Wird unsern dringenden Ruffrei nunmehr nicht sofort entsprochen, so lehnen die unterzeichneten Parteien die Verantwortung für die weitere Entwicklung der Dinge ab. . . Sozialdemokratische Partei, Unabhängige Sozialdemokratische Partei und Stadtverwaltung Duisburg.

Die in der Nr. 107 der „Freiheit“ ausgesprochene Behauptung wird durch eine Korrespondenz des „Vorwärts“ aus dem Ruhrgebiet (Nr. 181 vom 9. April) illustriert:

Die „Freiheit“ hat wiederholt behauptet, daß von ihren Parteifreunden der Einmarsch der Reichswehr im Ruhrgebiet verlangt worden sei. Insbesondere hat Joseph Ernst, Uthagen, der Führer der Unabhängigen im Ruhrgebiet, wiederholt behauptet, den Einmarsch verlangt zu haben. Diese Behauptungen sind durchaus unwahr. Joseph Ernst hat bereits am 27. März in einer Depesche an den Reichskommissar Sebering u. a. folgendes geschrieben: „Gegen Mühlheim und Wesel müssen im Notfall nach Verständigung einwandfreie Truppen unter Aufsicht eingepfercht werden.“ . . . Dr. Stern aus Essen, der politische Redakteur der „Ruhrwacht“, wandte sich bereits fünf Tage vor Ostern telephonisch an das Reichskommissariat in Münster und bat um das Einrücken der Reichswehr. . . In Gegenwart des Schreibers dieser Zeilen erschienen beim Reichskommissar Sebering zahlreiche Deputationen von Stadtverwaltungen und Arbeitervertretungen, an denen Unabhängige beteiligt waren, die bereits am 27. und 29. März den Einmarsch der Reichswehr verlangten. Nun aber wächt das unabhängige Zentralblatt, wie Bilatus, die Hände in Unschuld und sucht der Regierung die alleinige Schuld für den Einmarsch der Truppen in die Schuhe zu schieben. Den Unabhängigen war, ebenso, wie den Kommunisten, die Sache im Ruhrgebiet über den Kopf gewachsen.

Nach dem „Vorwärts“-Korrespondenten haben die unabhängigen Führer im Ruhrgebiet die ausländischen Korrespondenten geradezu umschwärmt. Man kann sich daher des Eindrucks nicht erwehren, daß das Ausland nur aus unabhängigen Quellen informiert wird. Wir wollen die Befehle der mittelhessischen Städte durch die Franzosen damit nicht in Zusammenhang bringen. Daß sich aber die unabhängige Parteileitung weigerte, den Protest des Gewerkschaftsbundes und der Sozialdemokratischen Partei gegen die Invasion mitzuunterzeichnen, sondern eine eigene, immerhin mißere Erklärung faßten, gibt angesichts dieser Sachlage sehr zu denken. —

Notizen.

Reichstagswahlen am 13. Juni? Wie die „Sozialistische Korrespondenz“ mitteilt, werden voraussichtlich am 13. Juni drei Wochen nach Pfingsten, die Wahlen zum neuen Reichstag stattfinden. Ein früherer Wahltermin dürfte technisch unmöglich sein, und die Koalitionsparteien seien entschlossen, die Wahl so bald als möglich stattfinden zu lassen. Diese Haltung sei durch die politische Gesamtlage auch unbedingt vorgezeichnet. —

Der neue Außenminister im Amt. Der ausübende Ausschuß der Nationalversammlung ist am Mittwoch in einer nichtöffentlichen Sitzung zu der Besprechung der schwebenden Fragen zusammengetreten. Der stellvertretende Vorsitzende Hauptmann begrüßte den neuen Außenminister und hob das persönliche vertrauensvolle Verhältnis hervor, das zwischen dem auswärtigen Ausschuß und dem auswärtigen Amt unter dem bisherigen Außenminister Müller sich gegenseitig herauszubilden begonnen habe. Der Minister des Auswärtigen, Dr. Bötter wies auf seine in Schleswig gelammelten Erfahrungen und den dort erwiesenen Nutzen des Zusammenwirkens aller Deutschen hin. Der Minister erludie um die Unterstützung des Ausschusses. Der Reichskanzler Müller brachte sodann eine Reihe von Mitteilungen über die Befehle deutscher Städte durch französische Truppen, über die begleitenden Umstände und über die Absichten der Reichsregierung. Die anschließende Besprechung und die Beantwortung der im Ausschuß gestellten Fragen führte zu einer weitgehend übereinstimmenden Auffassung der durch das feindselige Vorgehen Frankreichs geschaffenen und gedehnten Lage und der daraus erwachsenden Aufgaben.

Nach Belgien in Frankfurt. Die angekündigte Verstärkung der französischen Garnison durch belgische Truppen ist am Mittwoch verwirklicht worden. Gegen 4 Uhr trat im Güterbahnhof ein Bataillon des 10. belgischen Linienregiments im Sonderzug ein und wurde unter großem militärischem Klimate von der französischen Garnison, die auch in den Durchgangstraßen Spalier bildete, empfangen und nach der Kommandantur geleitet. Im Anschluß an den Empfang fand auf dem Opernplatz eine Parade der beiden Truppen statt. Zur höchsten Ehre der Welterbezieher verurteilte der französische General die Unterzeichner des Protokolls der Frankfurter Presse wegen mangelnder Ehrerbietung (!) zu je 1000 Mark Geldstrafe.

Streik der Richter. Sämtliche Justizbeamten der Landgerichte Gießen, Kassel und Oppeln haben sich dem Vorgehen der Justizbeamten des Landgerichts Weichen angeschlossen und zum Protest gegen die Gewaltmaßnahmen der Entente-Kommission die Dienstgeschäfte niedergelegt. —

Protest gegen die Schiffwegnahme. Auf dem deutschen Schiffahrtstag in Bremen wurde gestern dem deutschen Delegierten zu den Verhandlungen mit der Entente in London und Paris, Genosse Paul Müller, die Frage gestellt, was die deutsche Delegation zu Erhaltung der deutschen Schifffahrt getan habe. Seine Antwort gestaltete sich zu einer wichtigen Anklage gegen die Entente. Der Friedensvertrag sei unterzeichnet, aber mit einer nachdrücklichen Nachsicht in Bezug auf die Erfüllung der restlichen Bestimmungen, die in seinem maritimen Teile zu einer glatzen Unmöglichkeit werden würde. Der Schiffahrtstag nahm einstimmig eine Entschließung an, erneut an die Reichsregierung und die Schifffahrtsdelegierten in London die dringende Forderung zu richten, alles daranzusetzen, daß uns der tägliche Rest der Handelsflotte erhalten bleibt. Die Entente hat aber gerade in diesen Tagen auf neue die Forderung gestellt, die Ablieferung sämtlicher Handelschiffe über 1600 Tonnen „unverzüglich“ vorzunehmen, da „nicht genügende Gründe vorgebracht“ seien, um eine Wiederrückgabe des Friedensvertrags einzutreten zu lassen. —

Generalkrieg in Eupen-Malmédy. Wie der Nachener „Volkstempel“ erzählt, ist am Mittwoch morgen 10 Uhr der Generalkrieg in Eupen-Malmédy und Monchau ausgebrochen. Der Streik richtet sich gegen die wirtschaftlichen Maßnahmen der belgischen Regierung in Eupen und Malmédy und gegen die Ausrückung der Monschauer Bahnen an Belgien, die von der Grenzkommission beschlossen wurden. Die Streikleitung hat den belgischen Behörden und der französischen Kommandantur in Monchau eine Liste von Forderungen überreicht. In Monschau haben Kundgebungen stattgefunden. In den drei Kreisen ist der Generalkrieg allgemein, nur ist über die Haltung der Eisenbahner noch keine Entscheidung getroffen worden. Die ganze Beamtenschaft, auch die Post und die Telegraphie, streikt. —

Generalkrieg in Irland. Der Kongress der irischen Gewerkschaften hat vor einigen Tagen beschlossen, am 12. April einen einseitigen Proteststreik gegen die unwürdige Behandlung der politischen Gefangenen — die durch Nahrungsverweigerung ihre Freilassung zu erzwingen suchen — anzukündigen. Der Streik, der in dem vorwiegend landwirtschaftlichen Irland am ersten Tage bereits über eine Viertelmillion Arbeiter und Angestellte umfaßte, soll nunmehr fortgesetzt werden, bis alle Gefangenen in Freiheit gesetzt worden sind. Die organisierten Arbeiter in Ulster haben sich diesem Streik zugunsten der Einspinner nicht angeschlossen. —

Rußland und Frankreich. Der „Matin“ meldet, in den Verhandlungen die in Kopenhagen im Namen Frankreichs von den Bevollmächtigten de Chevilly und du Halgouet mit russischen Volkskommissaren geführt wurden, halten die russischen Vertreter sich geweigert, die Schulden des alten russischen Reiches gegenüber Frankreich anzuerkennen. Sie hätten die Möglichkeit von Konzessionen zur Ausbeutung der Bodenschätze Rußlands in Aussicht gestellt. Was die Handelsverhandlungen anbetreffe, so sei Krassin bereit, Solomoliten, Waggons und Schienen zu kaufen und mit Gold zu bezahlen, weigere sich aber, Rohmaterialien zu liefern. —

Depeschen.

Der Proteststreik an den Grenzen. B. L. W. Köln, 15. April. Nach der „Köln. Zig.“ ist wie in den Kreisen Eupen und Monchau so auch am 14. April im Kreis Malmédy der Generalkrieg ausgebrochen. Es beteiligten sich daran die Angestellten, die Beamten und die Geschäftleute. In Eupen und Malmédy verlangen die Streikenden bessere Behandlung und Umwechslung des Geldes nach dem Verhältnis von 1 zu 1 oder Rückkehr zum Markkurs, ferner das einwandfreie Offenlegen der Protestlisten und das Verbleiben der Bahn-Nachen-Kalterherberg bei Deutschland. In Monchau wird u. a. das Verbleiben der Bahnlinie Kallerherberg-Moeren bei Deutschland gefordert, ferner geheime Abstim-mung unter neutraler Aufsicht in den strittigen Grenzgebieten und Unterbindung der diktatorischen Eingriffe der Militärgevalt in deutsche Verwaltungssachen. Der Generalkrieg soll 8 Tage dauern. —

Lange & Münzer

Breiteweg 51/52.

Billige Damen-Hüte!

Fesche Glocke
aus glänzendem Strohgeflecht
mit farbigen Strohpompons

17⁵⁰

Matelothut
aus Rostgeflecht, in vielen
Farben

40⁰⁰

Bastbreton
mit Frottébandeaux und
Einfäß

45⁰⁰

**Handgenähtes
Bortenhütchen**
zweifarbig

48⁰⁰

Breton
aus Litze, mit farbigem Band
garniert

34⁰⁰

Bastglocke
mit Band und Blumen
garniert

49⁰⁰

Basthut
in modernen Farben, mit Band
und Filigal garniert

59⁰⁰

Frauenhut
aus Litze, fesch mit Band
garniert

54⁰⁰

Moosrosen-Ranke
in allen Farben . . . Stück **235**

Kamellen-Rose
in hellen und dunkeln Farben . . . Stück **325**

Reiher-Fantasie moderne, flache
Form, in vielen Farben . . . Stück **950**

Kronen-Reiher imitiert, schwarz,
weiß und farbig . . . Stück **1250**

**Manchester
und Nord**
für
Jagdanzüge und Joppen
empfehlen
in großer Auswahl
G. Gehse
Johannistadtstr. 13/14,
neben d. Wilhelm-Theater.

Preiswert
kaufen Sie in 702
Frühmanns
Etagen-Geschäft,
87 Breiteweg 87
Fast neue Gehrock,
Frack- und Smoking-
Anzüge, Sommer-
Paletots, Jackett-An-
züge, auch für Robe-
puleure, schicke, neue
Anzüge, getreffe
Sofen stets auf Lager.

Uhren
werden sauber und preis-
wert repariert.
Otto Müller, Uhrmacher,
Alte Neustadt, Weinberg 48.

Schleider-Ausschnitt
Gummifelle, Schuhcreme,
Schuhbürsten, Schuhma-
scherei-Werkzeug Karl Hugel,
Alt-Fermerleben 77. 181

Ferien- u. Damenrad
mit und ohne Gummi, lauf-
fähig, Neuzeit, 702
Humboldtstraße 15.

Herrenfahrrad ohne Reif., au-
ßenbereif., verstellbar,
Ebenendorfer Str. 33, S. pt. 929

Waffen Zoesche,
Wilhelmstr. 13.

Emallegefäß
wird feuerfest repariert. Ganze
Wäben werden eingesetzt. Preis-
listen Nr. 15, gegenüber
Hühlerhof. 923

Erfinder verlangen kosten-
los die 22seitige
Beschreibung
Wegweiser u. wert-
volle Ratgeber, v. Patentbureau
Höhme, Halberstadt.

Spiralbohrer
neue, faust feben Posten
Klass bei Lehmann,
Stephansstraße 11, II.
Der Sonntagabend ab 4 Uhr und
Sonntag vormittag. 936

Blechkasten
für Kaninchenkäfige verwen-
det, sofort zu verkaufen.
Marquardt & Bulaw
Magdeburg-Neustadt
Pagenstr. Magdeburger Straße 67.

Alle Sorten künstliche Blumen
Kaub, Früchte, Gräser, Pilze, herrliche Kleiden
Sutblumen und Ranken
C. Siebert, Karlstraße 4, Ecke Brandenburger Straße
Einzelverkauf, für Pflanzmädchen billigst.

Meyer Michaelis
Lederhandlung 853
Magdeburg, Große Marktstraße 16
gegründet 1864 Schriftpr. 1424
Günstigste Bezugsquelle
für
Leder und sämtliche Schuhmacher-Bedarfsartikel.

Gekrönte Häupter A 40 Pf.
Handlung Volksstimme

1/1-Gelt-Flaschen . . . Stück **1.20** M.
**1/1-Weißwein-, Rottwein-,
Rognat-Flaschen** . . . Stück **75** M.
Brunnen-, Milch-, Portwein-, Burgunder- sowie
sämtliche 1/2-, 3/4-, 1-Liter-Flaschen.

Altmetalle Kupfer, Messing, Rotguss, Blei,
Zinn, Zink, Aluminium,
Stahln u. Glasflaschen
werden dauernd gegen beste
Bezahlung angenommen. 913

Magdeburger Abfall-Sammlung
Große Münzstraße 13, Eing. Antscherlstr. — Tel. 2094.
Abholung erfolgt kostenlos durch unser Geßpann.

HAND IN HAND



mit flottem Geschäftsgang geht die gut
ausgestattete, auffallende Druckerei. Sollen nicht
alle Mühen und Kosten umsonst sein, dann muß
der Geschäftsmann seine Werbeprospekte in
ausstatten, daß sie auf den ersten Blick feinfach
und sich dem Gedächtnis einprägen. Ein guter
Gedanke in geschmackvoller Form, auf passendem
Papier und in sauberer Druckausführung ist
entscheidend für die Werberfolge. Druck-
verbraucher, die auf zeitgemäße Beschaffung
ihrer Empfehlungen Wert zu legen gedenken,
wenden sich deshalb an die mit allen neuzeit-
lichen Hilfsmitteln ausgestattete Druckerei

W. Pfankuch & Co.
in Magdeburg.
Alle Aufträge, von der Besuchsliste bis zum
Plakat, werden prompt und sachgemäß erledigt.

Umpresshüte
für Damen und Herren
schnell und preiswert.
Schwarz- u. Buntfarben.
Lisa Bodeff, Olanstraße 4r. 28.

Gelegenheitskauf. Räder, bel-
ladbar, m. Gummi, 375, Kinder-
wagen, weiß, 230, 4 vt. Motor,
Inselstr. 13, pt. 5dl. 934

Mietshaus,
Magdeburg, Suden, 28 Zwei- bis
Drei-Zim., 25ohn, elektr. Licht,
Eben., Hof, Garten, 818, 819,
und 820. Mietz. 818/819
Sare 199 000 300, 819/820
Mietz. 150 000 300.
Wilhelm Bennis,
Agenturgeschäft, S. 122.

**Vor Ankauf
wird gewarnt!**
Am Mittwoch vormittag eine
draum. Backstraße ent-
laufen. Wiederbringer erhält
hohe Belohnung. 924

Paul Erlecke,
Kaiserstraße 67.

1000 M. Belohnung
jähle ich für Wiederbringen
des in den Nächten vom Sonn-
abend 1. Sonntag gestohlenen
Haupttreibriemens meiner
Dampfmaschine. 941

500 Mark
für Nachweis des Diebes.
Gustav Rusche, Magdeburg-Neust.
Lübecker Straße 51.

**„Dvopbat“
Lecithin-Eisen-Extrakt**
das Kräftigungsmittel für Blutmangel, Ner-
bige, Schwache, Genesende.
Breiteweg 182,
am Ulrichsboogen.

**Gegen
Würmer!**
Gut- und Magenwürmer
wirksame Spezialmittel
für Erwachsene und
Kinder. 869

Hof-Apothek
Breiteweg Nr. 159
am Ulrichsboogen.

Handen gekommen!
Kleiner Ring Charles, weiß mit
gelben Platten, auf den Namen
Hühner. Wiederbringer erhält
hohe Belohnung. S. 122,
Kaiserstraße 47, im Hühnerhof. 931

**Herrn Schneidermeister
Emil Holer** nebst Frau
zur silbernen Hochzeit
die besten Wünsche! 941

Dem Schneidermeister
EMIL BEIER
Sudenburg 927
zum 25. Jahr. Geschäfts-
Jubiläum die besten
Wünsche! Unbenannt.

**Sozialdemokrat. Partei
Magdeburg.**

Nachruf.
Am 13. d. M. nach un-
serm Mitglied

Erk. Große
an Mastbarntrüb, 47
Jahre alt.

Mit ihm verlieren wir
einen treuen Anhänger
unserer Sache. 22 Jahre
hat er seine Kraft der Par-
tei zur Verfügung gestellt.
Durch seine intensiven Mit-
arbeit hat er der Partei
große Dienste geleistet.
Am 10. März bedauern wir
den Verlust und sein feier-
liches Dahinscheiden.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet
am Freitag den 18. April,
nachmittags 2 Uhr, von
der Halle des Westfried-
hofs aus statt.

Der Vorstand.

Brennholz sehr
Abfallholz trocken
zum niedrigsten Tagespreis gibt ab 925
F. Leibner, Holzhl., Editharing 26

Kopf-Wäsche für Damen das
Beste zur Haar-
pflege. Gütliche Preise
Zimmerwährende
Wasserdampferverförmung.

Haar-Schmuck in allen Preislagen
Haar-Arbeit auch von ausgekämmten
Haaren
Haartinktur. Benutzen Sie gegen
Haarausfall
und Haartropfen
Sesbalds verfeinerte
Bei mir zu haben.

R. Gembalowski Breiteweg 208
Hauptstelle Hauptpost.
Geschäftszeit: Wochentags 8-7 Uhr, Sonntags 9-12 Uhr. 560

1500 M. Belohnung
denjenigen, der mir die in der Nacht vom 14. d. M.
aus meinem Kontor gestohlenen Schreibmaschinen
Mercedes Nr. 38026
Smith Premier Nr. 108713
sowie einen
Leppich (Schiras) 143x260
wiederbringt oder den Täter nachweist.
Mittelungen bitte direkt der Kriminalpolizei,
Zimmer 67 oder Zimmer 11, zu machen.
Strengste Verschwiegenheit zugesichert. 930

Carl Cordes, Magdeburg
Moltkestraße 12b.

Wer streichen will
kauft alle Lacke, Farben, Pinsel etc.
immer noch preiswert und gut bei 851
Erwin Prange
Erstes Spezialgeschäft für
alle Lacke, Farben, Leime.
Magdeburg, Berliner Straße 29, Eckladen. — Fortspr. 7002.

Am Montag mittag 1 Uhr entriß uns der bittere
Tod 5 Monate nach seinem Unfall nach qualvollen,
mit großer Geduld ertragenem Leiden meinen lieben,
guten Mann, unsern liebevollen, guten Papa, Bruder,
Schwager und Onkel

Franz Moser
im 48. Lebensjahre.
In tiefem Schmerz:
Auguste Moser, Witwe und Mutter als Ainder
nebst allen Verwandten.
Die Beerdigung findet Freitag den 16. d. M.,
nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Kapelle des Neufrieder
Friedhofs aus statt. 937

So leb denn wohl, du Lieber mein,
Du konntest doch noch bei uns sein.
Es war so reich dein ganzes Leben
An Liebe, Fleiß und Schaffenskraft,
Wer dich gekannt, muß Zeugnis geben,
Wie fleißig du gearbeitet hast.
So schlaß nun ruh in stillen Frieden,
Hab vielen Dank für deine Mühe,
Bist du auch schnell von uns geschieden,
In unserm Herzen stirbst du nie.
Deine Lieben.

Detzow



Schuhhandels-gesellschaft
Abteilung I Großhandlung :: Abteilung II Einzelverkauf
Beispiele unsrer preiswerten Angebote:

Kinder-Segelstoffsandalen 25 u. 26 9.10 21 bis 24 0	Kinder-weiße Stoff-Spangen- schuhe . . . 25-26 31.25 9580 21-24 28.50 21-22 68	Kinder-weiße Stoff-Schnürstiefel 25-26 45.75, 22-24 38.75, 20-22 33.00, ohne Hof, 20-22 3050
Damen-Segelstuck-schwarze Schnürschuhe, ameriz. Abf. 3050	Damen-schwarze Satin- Spangenschuhe, ameriz. Abf. 5100	Damen-weiß Leinen-Schnür- und Spangenschuhe . . . 7500 von 7500 an
Damen-Stoffausschuhe Ederstoffe, Abf. 14.35 1345	Damen-Lack-Kreuzspang.- Halbschuhe . . . 19500	Knab.-Box-Agraffanstief. 14050 36-39 von 120 an
Damen-Wild-Halbschuhe Schnür- und Spangen- . . . 17500	Damen-braune Binde- Schnürhalbschuhe . . . 19500	

Sämtliche Angebote nur soweit Vorrat am Lager.
Eingang Alte Ulrichstr., Haus
Café Sachtleben, 1. Trepp 165 Breiteweg 165 Eingang Alte Ulrichstr., Haus
Café Sachtleben, 1. Trepp.

Statt besonderer Meldung.
Am Mittwoch den 14. April, nachmittags 2 1/2 Uhr,
verschied nach kurzen Krankenlager unsere liebe Mutter,
Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Tante und
Schwägerin, Witwe 935

Joh. Strauch geb. Meier
im 76. Lebensjahr. Am fides Weltlich bitten
Die trauernden Hinterbliebenen
S. P.

Willy Strauch u. Frau geb. Fredrich
(Hofes Horn).
Die Beerdigung findet Sonntagabend nachm. 2 1/2 Uhr
von der Hauptkapelle des Westfriedhofs aus statt.